

# Die Schweiz und der brennende Amazonas

**Public Eye**

- Schweizer Pestizidexport vergiftet das Trinkwasser in Brasilien S. 15  
Äquatorialguinea: ein Land unter der Knute eines Familienclans S. 18  
Die problematische Kooperation der Deza mit privaten Konzernen S. 23



Raphaël de Riedmatten

### Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

**Sie sind bereits Mitglied?** Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

**Sie sind noch nicht Mitglied?** Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – per Antwortkarte oder auf [publiceye.ch/mitglieder](http://publiceye.ch/mitglieder)

**Public Eye**

## Die Welt steht in Flammen

«Our house is on fire and I want you to panic»: Greta Thunberg, «Time»-Persönlichkeit des Jahres 2019, hat recht. Hilflös verfolgten wir im vergangenen Sommer, wie im Amazonas Zehntausende von Bränden wüteten. Die Feuer für den Konsum und den Gewinn der einen auf Kosten des Lebensraums der anderen sind ein Sinnbild für die extreme Polarisierung unserer Welt.

Während auch hierzulande eine neue Generation von engagierten Menschen auf die Strasse geht und den Klimanotstand ausruft, beschliesst die altehrwürdige Schweizer Regierung ein Freihandelsabkommen mit dem brandstiftenden Regime des rechtsextremen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro. Ganz zur Freude der Schweizer Agrarrohstoffhändler und des Agrochemiekonzerns Syngenta dürfte der Anbau von Soja noch intensiver werden und die Fleischproduktion weiter an Boden gewinnen.

Als Greta Thunberg sich im Dezember nach der Ermordung zweier Indigener in Brasilien empörte, dass Menschen dafür umgebracht würden, den Wald vor illegaler Abholzung schützen zu wollen, wunderte sich Bolsonaro darüber, dass die Presse «einer Göre wie ihr» so viel Aufmerksamkeit widme. Die von reaktionärer, kolonialistischer Rhetorik begleitete Politik der verbrannten Erde, die dem brasilianischen Präsidenten von grossen Teilen der Bevölkerung Applaus einbringt, entzweit die Gesellschaft weiter. Im November ist eine Delegation Indigener durch ganz Europa gereist, um die Regierungen – auch jene der Schweiz – davon abzuhalten, das Mercosur-Abkommen zu ratifizieren, was ihren Lebensraum noch stärker gefährden würde.

Schaffen wir es, gemeinsam nach demokratischen Lösungen zu suchen, um die Ursachen der sozialen Ungleichheit und der Zerstörung unserer Umwelt anzugehen? Oder bleiben wir passive Zuschauerinnen und Zuschauer eines immer heftigeren Kampfs zwischen diametral entgegengesetzten Kräften?

In diesem beginnenden Jahr 2020 möchte ich die Hoffnung der indigenen Brasilianerin Sônia Guajajara teilen, dass da tatsächlich eine junge Generation heranwächst, die einen «nachhaltigeren Lebensstil» wählen wird – einen, der es ermöglicht, unsere Beziehung zur Mit- und Umwelt neu zu denken.

*R. de Riedmatten*



## Die Schweiz und Bolsonaro Brasilien

### Die Analyse

Für Soja und Vieh wird in Brasilien der Regenwald brandgerodet – und die Schweiz mischt dabei als führender Finanzplatz und als Handelsplatz für Agrarrohstoffe kräftig mit. ▶ S. 4

### Das Abkommen

Die Schweiz hat mit den Mercosur-Staaten um Brasilien ein Handelsabkommen abgeschlossen – ohne zuvor die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt gründlich abzuklären. ▶ S. 9

### Das Interview

Wenn das Parlament keine klaren Nachhaltigkeitskriterien für das Mercosur-Abkommen beschliesse, «werden wir Grünen das Referendum ergreifen», sagt Ständerätin Lisa Mazzone. ▶ S. 11

### Der Protest

Eine Delegation von Indigenen aus Brasilien hat auf ihrer Europatour auch in Bern haltgemacht. Ihr Ziel: das Mercosur-Abkommen verhindern. ▶ S. 12

## Giftiger Schweizer Export

Das Insektizid Profenofos ist hierzulande verboten. Dennoch exportierte Syngenta 2018 37 Tonnen davon aus der Schweiz nach Brasilien, wo es das Trinkwasser vergiftet. ▶ S. 15

## Beschlagnahmte «Supercars»

Äquatorialguinea ist bitterarm, doch der Familienclan Obiang schwelgt im Luxus. Nun wurden die in Genf eingezogenen Sportwagen des Präsidentensohns versteigert. Wird der Erlös tatsächlich in soziale Projekte fliessen? ▶ S. 18

## Problematische Partnerschaften

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit will stärker mit privaten Konzernen kooperieren. Eine Analyse von Public Eye zeigt, unter welch problematischen Bedingungen. ▶ S. 23



© Ricardo Moraes/Reuters

*Letzten Sommer wüteten die für die Brandrodung entfachten Feuer im Amazonas in lange nicht mehr gesehener Zahl und Intensität. Eine Bäuerin nimmt ein eben abgebranntes Feld unweit ihrer Maniok-Plantage im Bundesstaat Rondônia in Augenschein.*

### Zudem in diesem Heft

#### Investigation Award

Public Eye unterstützt auch 2020 zwei investigative journalistische Recherchen. Jetzt bewerben! ▶ S. 26

#### Rohstoffhändler im Fokus der Justiz

Gegen Glencore, Trafigura und Vitol wird wegen Bestechungszahlungen ermittelt. ▶ S. 27



# Was Cargill, die Credit Suisse und Nestlé mit den Brandrodungen in Brasilien zu tun haben

Die Brände im brasilianischen Amazonas, die letzten Sommer die Schlagzeilen bestimmten, sind hierzulande beinahe wieder vergessen. Und damit auch die Frage: Was hat die Schweiz als führender Handelsplatz für Agrarrohstoffe und als Finanzplatz mit den Bränden zu tun? Höchste Zeit für eine kritische Nachlese.



Am 19. August letzten Jahres wurde es in der brasilianischen Handelsmetropole São Paulo mitten am Nachmittag plötzlich Nacht. Der Himmel verdunkelte sich durch dichte Rauchschwaden, die der Wind offenbar aus dem Amazonasgebiet, in dem Tausende Brände loderten, über 3000 Kilometer in den Süden getragen hatte. Zwei Wochen zuvor hatte der rechtsradikale Präsident Jair Bolsonaro, der die internationale Besorgnis um die Amazonasbrände als «Umweltpsychose» abtat, kurzerhand den Leiter des brasilianischen Weltraumforschungsinstituts INPE entlassen. Das Institut hatte Auswertungen veröffentlicht, die zeigten, dass die Entwaldung im Gebiet Amazônia Legal, zu dem neben dem gesamten Amazonasregenwald auch ein Drittel des südlich anliegenden Savannengebiets Cerrado und 40 Prozent des Sumpfbereichs Pantanal gehören, 2019 drastisch zugenommen hatte: Im Juni lag die Abholzung 88 Prozent, im Juli gar 212 Prozent über jener im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

#### **Kein «natürliches Phänomen»**

Zwischen Januar und November 2019 wurden allein im brasilianischen Amazonasregenwald 92 683 Feuerherde registriert, fast ein Drittel mehr als in der gleichen Periode des Vorjahrs. Auch im südlich angrenzenden Cerrado, der in immer grösserem Stil für landwirtschaftliche Monokulturen und Viehzucht genutzt wird, brannten riesige Flächen, ebenso im Amazonas- und im Steppengebiet des benachbarten Bolivien. Ein Grossteil der Feuer in Bolivien steht offensichtlich in Zusammenhang mit der Landwirtschaftspolitik der mittlerweile abgesetzten Regierung von Evo Morales, die in den letzten Jahren mit verschiedenen Gesetzen die Ausdehnung der Landwirtschaft in Regenwald- und indigenen Gebieten ermöglicht hat; zuletzt im Juli 2019, als sie in den beiden Amazonas-Departementen Santa Cruz und Beni per Dekret die Abholzung für Landwirtschaft – insbesondere den Anbau von Soja – und Viehzucht erlaubte.

In Brasilien bezeichnete Bolsonaro die Brände mal als ein «natürliches Phänomen in der Trockenzeit», dann wieder bezichtigte er einzelne Bauern oder sogar Umweltschutzverbände der Brandstiftung. Satellitenaufnahmen, etwa jene des «Monitoring of the Andean Amazon Project» (MAAP), zeigten jedoch eindeutig, dass ein Grossteil der Feuerherde dort entfacht wurde, wo vorher Rodungen stattgefunden hatten. Die Bäume wurden abgeholzt und das Land daraufhin abgebrannt, um es landwirtschaftlich nutzbar zu machen. «Slash and burn», zu Deutsch Brandrodung, im ganz grossen Stil.

#### **Soja «traded in Switzerland»**

Doch wer profitiert davon? Der Anreiz für die Vernichtung komme «von grossen internationalen Fleisch- und Sojaindustrien», stellte Mighty Earth in einer Analyse fest, die sie Ende August veröffentlichte. Die Umweltschutz-

organisation hatte Aufnahmen der US-Raumfahrtbehörde Nasa, die die Brände im brasilianischen Regenwald-Gebiet zwischen dem 8. und dem 22. August dokumentieren, mit Daten der brasilianischen Agrarbehörden CONAB und der brasilianischen Umweltorganisation Imazon abgeglichen. Das Resultat: zwei Karten, die die geografische Nähe zwischen den Waldbränden und den Schlachthäusern der internationalen Fleischindustrie einerseits und den Standorten der Sojahändler andererseits zeigen.

Auf der «Sojakarte» (siehe Seite 7) fällt als erstes eine dicke weisse Linie auf: Es ist die Bundesstrasse BR-163, über 4500 Kilometer lang insgesamt und die Route, über welche ein Grossteil des in Brasilien angebauten Sojas transportiert wird, um dann im Hafen von Santarém im Bundesstaat Manaus auf Schiffe verladen und später meist zu Tierfutter verarbeitet zu werden. Im nördlichen Teil ist die weisse Linie links und rechts von dicht beieinanderliegenden orangen Punkten gesäumt: Überall dort wüteten im August heftige Brände. Weiter südlich sind entlang der BR-163 Punkte in fünf verschiedenen Farben eingezeichnet: Das sind die Lagersilos und Verarbeitungsanlagen von fünf Konzernen, die aus den Gebieten, in denen die Feuer loderten, Soja beziehen: Archer Daniel Midland (ADM), Amaggi, Bunge, Cargill und Louis Dreyfus.

Abgesehen von der brasilianischen Amaggi-Gruppe, dem weltweit grössten Sojaproduzenten, haben all diese Konzerne einen ganz direkten Bezug zur Schweiz, wie Public Eye im letzten Juni aufgezeigt hat (siehe Public Eye Magazin Nr. 18 vom Juni 2019: «Handelsnation Schweiz: Heimat der Agrargiganten»). ADM betreibt sein globales Handelsgeschäft im waadtländischen Rolle, Bunge wickelt seinen Handel von Agrarrohstoffen über zwei «Desks» ab, wovon sich eines in Genf befindet. Die Louis Dreyfus Company wiederum hat ihr gesamtes Handelszentrum in Genf, wo auch der US-Gigant Cargill Getreide und Ölsaaten inklusive Soja handelt. Gegenüber der Sonntagszeitung, die im September unter dem Titel «Schweizer Händler profitieren von Waldbränden in Brasilien» über die Mighty-Earth-Studie berichtete, beteuerten sämtliche vier Agrarhandelsriesen, sie hielten sich an das Soja-Moratorium (siehe Seite 6) und würden kein Soja aus neu entwaldeten Gebieten beziehen.

Für Mighty Earth sind die Brände entlang der BR-163 jedoch ein starkes Indiz dafür, dass die grossen Trader weiterhin zu den wichtigsten Treibern der Abholzung gehören: Agrarbetriebe nützten eine Lücke im Soja-Moratorium aus, um weiter Land zu roden, während sie gleichzeitig Soja an die grossen Händler verkaufen.

#### **Das «schlimmste Unternehmen der Welt»**

Wie die Lieferketten-Transparenz-Initiative «Trase.Earth» zeigt, hat ein Konzern besonders enge Handelsbeziehungen ins Amazonasgebiet und in den ebenso von Brandrodung betroffenen Cerrado: Cargill. Der Agrarhandelsgigant, nach Bunge der zweitgrösste Exporteur von

brasilianischem Soja, betreibt zwei Hafenterminals im Regenwald, eines in Porto Velho am Río Madeira (dem grössten Nebenfluss des Amazonas), das andere – welches gemäss verschiedener Organisationen und Gerichtsentscheidungen wegen fehlender Umweltverträglichkeitsprüfung eigentlich illegal ist – in Santarém am Amazonas.

Der US-Konzern mit Hauptsitz in Minnesota, den Mighty Earth im vergangenen Juli kurz und knapp zum «schlimmsten Unternehmen der Welt» kürte, hatte 2006 bei der Erarbeitung des Soja-Moratoriums noch eine Vorreiterrolle übernommen. 2014 verpflichtete sich Cargill zudem im Rahmen des Klimagipfels in der «New Yorker Wald-erklärung», die Abholzung für Soja, Palmöl, Fleisch und Holzprodukte in seinen Lieferketten bis spätestens 2020 zu stoppen. Der Konzern hat im vergangenen Juni selbst eingestanden, dass man dieses Ziel verfehlen werde. Stattdessen schaffe Cargill «weiterhin Anreize für die Entwaldung», kritisiert Mighty Earth – zum Teil auch in Gebieten,

in denen für die Monokulturen indigene Völker vertrieben würden (siehe dazu auch Text ab Seite 12). Im April 2019 wurde Cargill wie Bunge und drei weitere Konzerne von der brasilianischen Umweltbehörde IBAMA gebüsst, weil sie Soja aus illegal gerodeten Flächen im Cerrado gekauft haben sollen. Und im Juni 2019 teilte der Konzern in einem offenen Brief an brasilianische Sojaproduzenten seine Ablehnung des «Cerrado Manifesto» mit – einem Moratorium für das Savannengebiet, analog jenem im Amazonas.

### Nestlé als Kundin

Daraus, dass Cargill seinen Getreide- und Ölsaathandel über die Genfer Tochterfirma Cargill International SA abwickelt, ergibt sich eine offensichtliche Mitverantwortung der Schweiz. Die schlimmen Konsequenzen, die der Anbau des in Genf gehandelten Sojas für die Umwelt und die Menschen in Brasilien hat, zeigen schmerzhaft auf, wie dringend es ist, von der Schweiz

## Soja-Moratorium mit Lücken

Das 2006 beschlossene Moratorium hat zu einer deutlichen Reduktion der für Soja abgeholzten Regenwälder geführt. Doch das Abkommen hat empfindliche Lücken – und dürfte nun stark unter Druck geraten.

Das Soja-Moratorium kam im Jahr 2006 letztlich dank eines Berichts von Greenpeace zustande: Als Reaktion darauf forderten Lebensmittelkonzerne wie McDonald's oder Walmart die grossen, im Amazonasgebiet tätigen Agrarhändler auf, den Sojaanbau im Regenwald zu stoppen. Heute verbietet das Abkommen den Handel, die Finanzierung und den Kauf von Soja, das von Regenwaldflächen stammt, die dafür nach 2008 gerodet wurden oder durch deren Bewirtschaftung die Rechte der indigenen Bevölkerung verletzt werden. Der Text wurde von den Agrarhandels гигантен ADM, Bunge, Cargill und Louis Dreyfus genauso wie von der Grupo Amaggi unterzeichnet.

### Zwei gravierende Mängel

Das Soja-Moratorium wird von Umweltorganisationen als Erfolgsmodell gewertet: War die Sojaindustrie vor 2006 noch für bis zu 30 Prozent der direkten Regenwaldabholzung verantwortlich, waren es 2014 weniger als ein Prozent. Das Moratorium hat allerdings zwei gravierende Mängel: Zum einen gilt es eben nur für Land, das extra für den Anbau von Soja gerodet wurde. Das heisst, die Agrarhändler können weiterhin Soja ein- und wieder verkaufen, das auf Flächen angebaut wurde, die ursprünglich für andere Zwecke – oft für die Viehzucht – brandgerodet wurden. So hat sich im brasilianischen Amazonasgebiet die Fläche, auf der Soja angebaut wird, zwischen 2006 und 2018 trotz Moratorium vervierfacht.

Zum anderen gilt das Soja-Moratorium nur für das brasilianische Regenwaldgebiet. Im brasilianischen Cerrado, im benachbarten bolivianischen Teil des Amazonasregenwalds oder in den Trockenwäldern des Gran Chaco in Argentinien, Bolivien und Paraguay tragen grosse Händler derweil weiterhin unbehelligt dazu bei, dass die Abholzung für Soja voranschreitet.

### Präzedenzfall Zuckerrohr?

Hinzu kommt, dass das Moratorium, das im Mai 2016 erstmals ohne zeitliche Beschränkung bekräftigt wurde, unter grossem politischem Druck steht. Mit dem Argument, es verletze die «nationale Souveränität», versucht der Verband der brasilianischen Sojaproduzenten – mit Unterstützung der Regierung Bolsonaro – bei der brasilianischen Wettbewerbskommission gegen das Moratorium vorzugehen. Die Erfolgsaussichten stehen nicht schlecht: Im November 2019 annullierten das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium auf Geheiss Bolsonaros ein seit zehn Jahren geltendes Moratorium für Zuckerrohr aus dem Amazonasgebiet und dem Cerrado. Die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt dürften gravierend sein. Die Freigabe des Zuckerrohranbaus werde zu «mehr Gewalt, Tod und Zerstörung für die betroffenen Völker und Ökosysteme» und zur Verringerung der Niederschläge führen, warnte die Menschenrechtsorganisation CPT der katholischen Kirche in Brasilien.

aus operierende Agrargiganten für Vergehen an Menschen und Umwelt in die Pflicht zu nehmen.

Aber die Verbindung der Schweiz zu Cargill erschöpft sich nicht in deren Genfer Geschäften. Das zeigt etwa ein Blick auf Cargills Kunden, zu denen – neben McDonald's oder Burger King – auch Nestlé gehört. Gemäss Mighty Earth kauft deren Tierfutter-Tochterfirma Purina Petcare Ware von Cargill. Zudem sei Nestlé einer der grössten Kunden des brasilianischen Fleischkonzerns Marfrig. Wie seine grössten Konkurrenten JBS und Minerva verpflichtete sich auch Marfrig 2009 mit der Unterzeichnung des «Rinder-Abkommens» dazu, kein Vieh aus geschützten oder indigenen Gebieten zu beziehen oder von Weiden, die nach 2009 abgeholzt wurden. Untersuchungen von Behörden und NGOs zeigen jedoch, dass das Abkommen oft mit «Rinderwäscherei» umgangen wird: Die Tiere werden an illegalen Orten aufgezogen und kommen erst zum Schluss auf eine legale Farm.

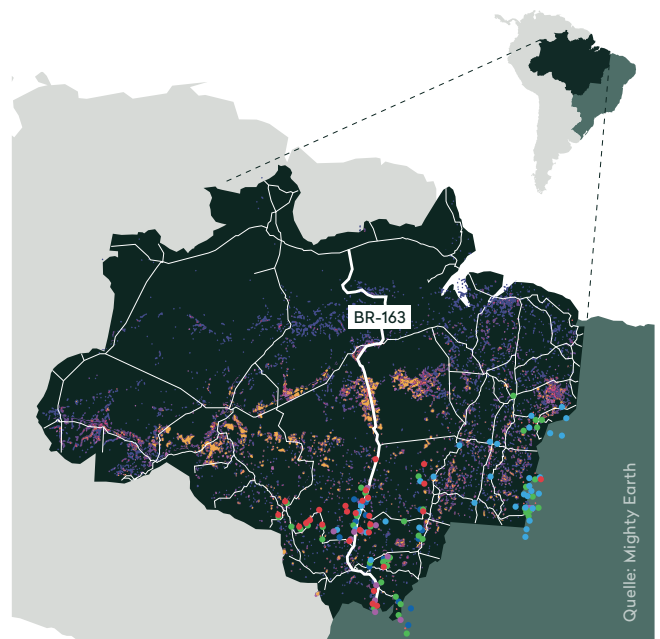
Nestlé hat sich 2010 als eines der ersten Unternehmen verpflichtet, bis 2020 abholzungsfreie Lieferketten zu erreichen. Gegenüber Swissinfo räumte der Konzern im November allerdings ein, er werde dieses Ziel nicht erreichen. Ende 2020 würden erst 90 Prozent der Lieferkette «abholzungsfrei» sein, in den drei Jahren danach werde man daran arbeiten, «nahe an hundert Prozent» zu kommen.

### Credit Suisse als Geldgeberin

Eine weitere, noch grundlegendere Dimension der Schweizer Mitverantwortung für die Feuer im Amazonas eröffnet sich einem, wenn man sich anschaut, wie sich die grossen Agrarhandels- und Fleischkonzerne finanzieren. Mighty Earth hat dies im April 2019 getan – in einem Bericht, dessen Titel nach einem Actionfilm-Sequel klingt: «Complicity in Destruction II». Global Witness nahm im September in einem Report mit ebenso gutem Titel – «Money to burn» – die Finanzierung von Regenwaldzerstörung in Brasilien, im Kongobecken und in Papua Neu Guinea unter die Lupe. Ein Name, der in beiden Berichten prominent auftaucht, ist jener der Credit Suisse. Die Bank vergab zwischen 2013 und 2018 Kredite an sämtliche vier in Brasilien aktiven Sojatrader: 60 Millionen an Bunge, 67 an Louis Dreyfus, 166 an ADM und gar 274 an Cargill. Für die Louis Dreyfus Company – der auch die UBS oder die Zürcher Kantonalbank Millionenkredite gewährt haben – brachte Credit Suisse zudem Anleihen und Aktien im Wert von 278 Millionen US-Dollar heraus. Und auch in den Fleischmarkt ist die Credit Suisse involviert: Für Minerva, den grössten Rindfleischexporteur Südamerikas, brachte die Grossbank neue Anleihen und Aktien im Wert von 283 Millionen Dollar heraus.

### Die Kunst der Definition

Wie ist das vereinbar mit der Weisung zu Forst- und Agrarwirtschaft der Credit Suisse, in der steht, die Bank finanziere keine Geschäftstätigkeiten von Unternehmen



Die Amazonasfeuer im August 2019 und die Anlagen der grössten Sojähändler.

Sojähändler:

- ADM
- Amaggi
- Bunge
- Cargill
- Louis Dreyfus

Intensität:

- Hoch
- Mittel
- Tief

in «tropischen Primärregenwäldern, Wäldern mit hohem Schutzwert und gefährdeten natürlichen Biotopen»? Die Lösung: Man definiert «Forst- oder Agrarwirtschaftsunternehmen» einfach möglichst eng. Dazu zählt die Credit Suisse nämlich nur Unternehmen, die in der «Gewinnung von Waldressourcen [...] oder in der Forstverwaltung tätig sind, Plantagen [...] oder in erheblichem Umfang Landwirtschaft [...] betreiben» oder in der Verarbeitung von Ölpalmen tätig sind. Das heisst: Für Agrarhändler wie Cargill, Bunge oder Louis Dreyfus, die keine eigenen Sojaplantagen besitzen, sondern «nur» die grossen Abnehmer des im Regenwald oder im Cerrado produzierten Sojas und von Fleisch sind – gilt die Richtlinie nicht. Die Weisung sei «nicht auf Agrarhandelsgesellschaften anwendbar», sondern beziehe sich einzig «auf Unternehmen, deren Aktivitäten direkt Auswirkungen auf primäre Tropenwälder haben können», erläuterte ein Sprecher der Credit Suisse im Oktober gegenüber der Sonntagszeitung.

Die enge Definition in der Weisung ignoriert sowohl den Einfluss, den die Händler durch ihre Marktmacht auf die Produktion oder eben die vorangehende Abholzung haben, wie auch die Tatsache, dass die Agrarhändler – wie wir letzten Sommer im Fachbericht «Agricultural Commodity Traders in Switzerland – Benefitting from Misery?» aufgezeigt hatten – längst keine reinen Händler mehr sind, sondern als «Global Value Chain Manager» stark in die Produktion vorgedrungen sind und, wie beispielsweise die Louis Dreyfus Company



im Fall von Zuckerrohr oder Zitrusfrüchten, auch eigene Plantagen besitzen. Wie der Schutz der Umwelt ist auch die Respektierung der Rechte indigener Gemeinschaften bei Projekten, die von der Credit Suisse mitfinanziert werden, noch längst keine Selbstverständlichkeit. Das hat das Schlichtungsverfahren zwischen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und der Bank am Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen gezeigt. Erst nach eineinhalbjährigen Verhandlungen hat sich die Credit Suisse im Oktober 2019 dazu verpflichtet, den Schutz der Rechte von indigenen Gemeinschaften in ihren internen Richtlinien für Projektfinanzierungen zu verankern. Die GfbV begrüsst diesen «ersten Schritt», betonte aber auch, dass der Schutz der Rechte indigener Völker nicht auf die Finanzierung von Projekten beschränkt bleiben dürfe, sondern auch für Firmenfinanzierungen und Aktiengeschäfte gelten müsse.

#### Die Instrumente wären vorhanden

Gemäss neuesten, noch unveröffentlichten Studien habe der Osten Amazoniens «den Kipppunkt schon überschritten», warnte Antonio Donato Nobre, Experte in Urwaldökologie, in einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel. Das Klima habe sich bereits so stark verändert, dass sich der Wald «nicht mehr halten» könne. Und täglich lodern – auch jetzt im Januar noch – unzählige Feuer, die immer noch mehr Regenwaldfläche vernichten.

Die zahlreichen Selbstverpflichtungen der Händler, deren Zeithorizont wegen Nichterfüllung regelmässig erweitert wird, sind – wie die Brände im Amazonas einmal mehr überdeutlich gezeigt haben – in keiner Wei-

se genügend, um die drängenden und durch den globalen Agrarrohstoffhandel massgeblich mitverantworteten Probleme zu lösen. Um tatsächlich mehr Verantwortung für die Auswirkungen ihrer Geschäfte zu übernehmen, müssten die Handelsgiganten in einem ersten, dringend notwendigen Schritt Transparenz über ihre Lieferkette herstellen. Nur wenn die Händler glaubhaft und aktuell darüber informieren, woher sie ihre Produkte beziehen und unter welchen Bedingungen diese angebaut wurden, können im Bedarfsfall auch gezielte Massnahmen zum Schutz von Menschen und Umwelt ergriffen werden.

Wirksame Instrumente, um die systemischen Probleme des Sektors anzugehen, wären vorhanden: Die Agrarhändler müssen die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte anerkennen und umsetzen. Wie im Schweizer Leitfaden für gute Praktiken zur Einhaltung der Menschenrechte im Rohstoffhandel und dem von der OECD und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO erarbeiteten Leitfaden für verantwortungsvolle landwirtschaftliche Lieferketten skizziert, muss dabei die Sorgfaltsprüfung in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt im Zentrum stehen. Mit Blick auf die 2018 verabschiedete und von ihr mitunterzeichnete UNO-Deklaration zum Schutz der Rechte von Bauern und Bäuerinnen steht die Schweiz in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die hierzulande geschäftenden Agrargiganten die Bauernrechte respektieren. Eine Annahme der Konzernverantwortungsinitiative, über die wir voraussichtlich dieses Jahr abstimmen werden, wäre ein entscheidendes Mittel, um die Schweizer Agrarhandelskonzerne dazu zu verpflichten, Umwelt und Menschenrechte in allen ihren Tätigkeitsfeldern zu achten. ▀



Eine Schlange flüchtet im August 2019 im Bundesstaat Rondônia vor den Bränden.



# Im falschen Film

Während in Brasilien der Regenwald für zusätzliches Weide- und Ackerland abgebrannt wird, verkündet der Bundesrat den Abschluss eines Handelsabkommens mit den Mercosur-Staaten. Da dieses auch Zollsenkungen vorsieht, würde es den Raubbau am Amazonas weiter anheizen.

THOMAS BRAUNSCHWEIG

Unser Wirtschaftsminister konnte einem schon fast leidtun, als er im August vergangenen Jahres am Flughafen Kloten vor die versammelte Medienschar trat. Mit ernster Miene verkündete er die frohe Botschaft des erfolgreichen Verhandlungsabschlusses für ein Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (siehe Kasten unten). Man wähnte sich im falschen Film: Fast schon verzweifelt versuchte Bundesrat Parmelin, die Vorteile des politischen Deals für die Schweizer Wirtschaft hervorzuheben, während zugleich die Schreckensbilder der verheerenden Brände des Amazonasurwalds weltweit über die Bildschirme flimmerten und Jair Bolsonaro der globalen Gemeinschaft ein herrisches «Wir werden den Amazonas ausbeuten, er gehört uns!» entgegen schleuderte. Brasiliens Präsident leugnet nicht nur die wissenschaftlichen Fakten seiner eigenen Weltraumbehörde zum Ausmass der Amazonasfeuer, sondern denunziert auch Umweltorganisationen, indigene Gemeinschaften und europäische Regierungen aufs Übelste.

## Nachhaltigkeit? Fehlanzeige!

«Wir nehmen diese sehr ernst», sagte Parmelin zu den Waldbränden in Brasilien. Wie ernst, zeigt sich daran, dass sich das federführende Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) – wie schon bei allen vorherigen Freihandelsabkommen – standhaft geweigert hat, im Vorfeld der Mercosur-Verhandlungen die von verschiedener Seite geforderte Nachhaltigkeitsanalyse durchzuführen (siehe Kasten auf Seite 10). Wie aber, so fragt man sich, soll verhindert werden, dass dieser Handelsvertrag die Amazonasbrände nicht noch zusätzlich befeuert, wenn seine möglichen Auswirkungen vorgängig nicht gründlich abgeklärt wurden? Denn mit den darin vorgesehenen Zollsenkungen soll ja der Warenaustausch angeheizt werden – und damit gezielt auch der brasilianische Export von Landwirtschaftsgütern. Die dafür nötige Produktionssteigerung wird zwangsläufig zu Flächenausdehnungen führen. Und das dafür benötigte Land findet man insbesondere im Amazonas.

## Das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten

Lange reagierten die Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) abweisend auf die Avancen der EFTA (Schweiz, Norwegen, Liechtenstein, Island). Erst als in Argentinien und Brasilien rechte Regierungen die Führung übernahmen, kam Bewegung in die Sache. Dann ging es jedoch verhältnismässig rasch: Nach zweijährigen Verhandlungen verkündete Brasiliens Präsident Bolsonaro am 23. August 2019 über Twitter den erfolgreichen Abschluss. Mit dem Abkommen sollen mittelfristig rund 95 Prozent der Schweizer Exporte in die Mercosur-Staaten von Zöllen befreit werden. Zugleich würde der Patentschutz in diesen Ländern gestärkt. Umgekehrt gewährt die Schweiz den Vertragspartnern zollfreien Zugang für deren Industrieprodukte sowie Zollsenkungen für Fleisch, Futtergetreide und weitere Landwirtschaftsprodukte.

Die Details des Deals werden erst nach der offiziellen Unterzeichnung durch die Vertragsstaaten öffentlich. Einen Termin dafür gibt es noch nicht. Danach muss das Freihandelsabkommen von den Parlamenten aller beteiligten Staaten ratifiziert werden – und in der Schweiz voraussichtlich ein von verschiedener Seite angekündigtes Referendum überstehen (siehe Interview auf Seite 11). Das Staatssekretariat für Wirtschaft ist allerdings zuversichtlich, das Vertragswerk 2021 in Kraft setzen zu können.

### Geheime Bestimmungen

Mit einem griffigen Nachhaltigkeitskapitel im Mercosur-Abkommen, so versichert uns das Seco, sollen dessen mögliche negative Auswirkungen auf Menschen und Umwelt verhindert werden. Darin gebe es Bestimmungen zur Bewirtschaftung von Waldressourcen, zum Klimaschutz und zur ökologischen Landwirtschaft. Was diese Klauseln im Detail enthalten und wie genau oder gummig sie formuliert sind, bleibt nach wie vor ein Staatsgeheimnis: Der Vertragstext ist auch mehrere Monate nach Verhandlungsabschluss nicht öffentlich zugänglich. Zudem wird die Einhaltung der Bestimmungen weder systematisch überwacht, noch können Verfehlungen sanktioniert werden. Allfällige Verstösse können auch nicht vor dem im Abkommen vorgesehenen Schiedsgericht eingeklagt werden – im Gegensatz zu allen anderen Teilen des Deals.

Solche Instrumente wären aber entscheidend – besonders angesichts eines brasilianischen Präsidenten, der mit den Abholzungen im Amazonasbecken nationale Wirtschaftsförderung betreibt und die indigene Bevölkerung, deren Lebensraum bedroht ist, mit «Zootieren» vergleicht und als «prähistorische Menschen» bezeichnet. Auch sein Aussenminister Ernesto Araújo lässt Zweifel an der Wirksamkeit von wohlgemeinten Bestimmungen ohne Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten aufkommen. So sagte er kurz vor Abschluss der Verhandlungen vor Diplomatinen und Diplomaten: «Ich war im Mai in Rom und es war kühl dort. Ich glaube nicht an den Klimawandel.» •

### Der Zweck von Nachhaltigkeitsanalysen

Vor Verhandlungsabschluss durchgeführte Nachhaltigkeitsanalysen sollen sicherstellen, dass mögliche negative Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf Menschen und Umwelt identifiziert und über entsprechende Anpassungen verhindert werden. Auf Grundlage einer umfassenden Untersuchung hat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats den Bundesrat bereits 2017 für seine diesbezügliche Passivität kritisiert: «Die bisher aus grundsätzlichen Überlegungen erfolgte Ablehnung der Durchführung der entsprechenden Studien widerspricht der Betonung der Bedeutung der Nachhaltigkeit durch den Bundesrat.» Die GPK forderte die Regierung unmissverständlich zur «Durchführung von Nachhaltigkeitsstudien» auf – bisher jedoch vergeblich.

Ein wichtiges Element von Nachhaltigkeitsstudien sind menschenrechtliche Analysen. Solche fordert nicht nur Public Eye: Auch der UNO-Menschenrechtsausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat die Schweiz wiederholt dazu aufgefordert, im Vorfeld von Handelsabkommen mögliche negative Auswirkungen auf die Menschenrechte im Partnerland abzuklären – zuletzt 2019 in seinem Staatenbericht zur Menschenrechtspolitik der Schweiz.



Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro hat am WEF 2019 Spass mit Bundespräsident Ueli Maurer und Wirtschaftsminister Guy Parmelin.



# «Beim Geld gehen unsere Grundwerte schnell vergessen»

Lisa Mazzone, Ständerätin und Präsidentin der Gesellschaft für bedrohte Völker, setzt sich für schärfere Nachhaltigkeitskriterien im Mercosur-Abkommen ein. Sollte das Parlament diese Forderungen nicht unterstützen, will die Grüne Partei das Referendum ergreifen.

INTERVIEW: SIMON JÄGGI

**Bei ihrem Besuch im November hat eine indigene Delegation aus dem Amazonas die Schweiz scharf kritisiert. Sie sagten, das Land bereichere sich am Elend anderer. Teilen Sie diese Kritik?**

Die Indigenen haben gut verstanden, wie die Schweiz funktioniert. Insbesondere im Hinblick auf den Handel. Ich bin derselben Ansicht: Geht es ums Geld, gehen unsere Grundwerte schnell vergessen.

**In der Schweiz hat die Zivilgesellschaft eine Mercosur-Koalition gebildet, die vom Bauernverband über Public Eye bis zu Brot für alle reicht. Was eint diese Allianz?**

Hier treffen sich die Interessen von Bauern, Konsumenten und allen, die sich für globale Solidarität einsetzen. Gemeinsam können wir stärkeren Druck aufbauen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen ein Freihandelsabkommen, fordern aber vom Bundesrat verbindliche Nachhaltigkeitskriterien. Der Schutz von indigenen Rechten, Menschenrechten, sozialen Standards und der Umwelt soll rechtlich bindend im Abkommen festgeschrieben werden.

**Wie sollen solche Regelungen durchgesetzt werden?**

Wir brauchen klare Kriterien, Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten. Das gab es in der Schweizer Handelspolitik in dieser Form bisher nicht, insofern ist es eine Herausforderung. Eine, die wir dringend angehen müssen. Die Globalisierung bedroht an

vielen Orten die Umwelt, die Menschenrechte und die soziale Gerechtigkeit. Die Schweiz importiert bereits heute viele Produkte, die nicht nachhaltig produziert werden. Wir müssen den Druck auf andere Staaten erhöhen, auch im Hinblick auf die kommenden Freihandelsabkommen.

**Sie fordern Sanktionsmöglichkeiten. Wie könnten diese aussehen?**

Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, Einfuhrkontingente nur noch an sozial und ökologisch nachhaltig produzierte Erzeugnisse zu vergeben. Die Schweiz muss zudem Produkte vom Freihandel ausschliessen, wenn diese gewisse Mindestanforderungen nicht erfüllen. Zudem braucht es eine Ausstiegsklausel, damit wir das Handelsabkommen aufkünden können, wenn sich die Vertragspartner nicht an die Bestimmungen halten. Es ist spannend zu sehen, dass nicht nur in der Schweiz die Kritik am Abkommen zunimmt. Auch in anderen europäischen Ländern wächst die Skepsis. Und selbstverständlich auch in den Mercosur-Staaten.

**Mehr Fleisch aus Brasilien importieren und gleichzeitig die Menschenrechte und die Umwelt schützen – ist das nicht ein Widerspruch?**

Auch wenn die Schweiz nur jene Produkte importiert, die unter nachhaltigen Bedingungen produziert werden, trägt sie mit dem Abkommen zum schädlichen Wachstum der Fleisch- und Futtermittelindustrie bei. Wir wissen, wie negativ sich der Fleischkonsum auf die Umwelt auswirkt

und kennen die Bedingungen, unter denen in Brasilien Fleisch produziert wird. Die Tiere werden mit genmanipuliertem Soja gefüttert, das auf abgeholzten Regenwaldflächen wächst. Davon profitiert niemand – weder die Konsumierenden, die Lebensmittel von guter Qualität wollen, noch Bäuerinnen und Bauern, die gezwungen werden, auf Kosten der Umwelt möglichst billig zu produzieren, noch das Klima oder die Indigenen. Aber wenn man die Importe in die Schweiz verbessern kann, ohne sie zugleich zu erhöhen, dann wird es interessant.

**Was sind die nächsten Schritte?**

Der Bundesrat muss das Abkommen noch verabschieden, erst dann kommt es ins Parlament. Ich bin jedoch nicht sicher, ob das neue Parlament beim Freihandel genauer hinschauen wird als das letzte. Wenn das Parlament keine klaren Nachhaltigkeitskriterien und Sanktionsmöglichkeiten beschliesst, werden wir Grünen das Referendum ergreifen.

**Es wäre das erste Mal, dass das Stimmvolk über ein Freihandelsabkommen entscheidet. Rechnen Sie sich dafür Chancen aus?**

Es ist Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber abstimmen können! Im Kern geht es um eine Allianz mit den Konsumierenden. Darum, welches Essen auf unserem Teller landet. Ich bin überzeugt, die meisten Menschen wollen, dass ihre Produkte nachhaltig und unter Einhaltung der Menschenrechte hergestellt werden. ■



© Adrien Perrotaz/Keystone



Unermüdlich im Einsatz für die Erhaltung des Amazonas: Kretã Kaingang (hinten) und Sônia Guajajara (siehe Portrait rechts).

© Briel Alino/Keystone/EPA

# «Ein Rindskopf ist mehr wert als der eines Häuptlings»

Eine indigene Delegation aus dem Amazonas machte auf ihrer Europareise Mitte November Halt in Bundesbern. Ihr Ziel: das Schweizer Freihandelsabkommen mit Bolsonaro's Brasilien verhindern.

SIMON JÄGGI

Seit sechs Wochen sind die Indigenen bereits unterwegs. Am Vorabend sind sie mit dem Zug aus Brüssel angekommen, nun sind sie schon wieder auf dem Weg zur nächsten Pressekonferenz. Eingehüllt in dicke Daunenjacken bewegen sich die vier Frauen und sieben Männer durch die Berner Altstadt. Ihre Gesichter eingerahmt von ausladenden Kopffedern, Farbflecken im kühlen Morgennebel.

Im zweiten Stock eines Altstadtshauses beginnt in wenigen Minuten der Medientermin, organisiert von der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Kameras sind aufgebaut, doch das mediale Interesse ist eher bescheiden. Ein halbes Dutzend Journalistinnen und Journalisten sitzt auf den Stühlen und wartet. An den langen Tisch gegenüber setzen sich drei Indigene: Sônia Guajajara, Elizeu Guarani Kaiowá und Kretã Kaingang. Die Delegation ist mit einer klaren Botschaft aus Brasilien nach Europa gekommen. Diese verkündet sie auch hier mit Nachdruck: «Das geplante Freihandelsabkommen mit Brasilien besiegelt die Zerstörung unserer Lebensräume», sagt Elizeu Guarani Kaiowá.

«Dass die Welt mit einer Regierung wie der von Bolsonaro solche Abkommen schliesst, das macht uns Angst.»

## «Die Schweiz ist ein Krebsgeschwür»

Elizeu vertritt die Guarani-Kaiowá. Ein indigenes Volk, das besonders von Gewalt und Vertreibung betroffen ist. Ein Grossteil seiner traditionellen Lebensräume wurde von der Agrarindustrie besetzt. Wo früher Regenwald stand, produzieren Konzerne heute Zuckerrohr, Soja und Mais. Die Guarani-Kaiowá leben zusammengepfercht in kleinen Reservaten, dort verfallen viele dem Alkohol, die Zahl der Selbsttötungen steigt. Elizeu wurde wegen seines Kampfes für den Schutz der Wälder von Bauern verklagt, mit dem Tod bedroht und entkam auch schon Schüssen aus dem Hinterhalt. Er kann nicht mehr in sein Dorf zurückkehren. «In Brasilien», sagt Guarani Kaiowá

► Fortsetzung auf Seite 14



## «Bolsonaros Politik hat drastische Folgen»

Sônia Guajajara ist eine der bekanntesten Anführerinnen der Indigenen in Brasilien. Ihr Leben hat sie ganz dem Kampf gegen die Abholzung des Amazonas verschrieben.

Sie war noch ein kleines Kind, als ihre Tante ihr prophezeite: Eines Tages wirst du die Stimme unseres Volkes in die Welt hinaustragen. Sônia Guajajara lebte damals in einem von Regenwald umgebenen Dorf im Nordosten Brasiliens, fernab der modernen Zivilisation. Heute ist sie Stammesführerin der Guajajaras, mit rund 20 000 Personen eine der grössten indigenen Gruppen Brasiliens. Als Generalsekretärin der brasilianischen Indigenen-Dachorganisation Apib ist sie weltweit eine der bekanntesten Stimmen im Kampf gegen die Vernichtung des Amazonasregenwalds.

Den grössten Teil des Jahres verbringt Guajajara auf Reisen. Sie trifft Politikerinnen, Umweltschützer und Leute aus der Wirtschaft. Letzten Oktober besuchte sie als Teil einer indigenen Delegation zwölf europäische Länder. «Das ist eine Lebensmission», sagt sie. «Wir wollen, dass unsere Lebensweise fortbesteht. Der Kampf dafür ist ein untrennbarer Teil von uns.» Sônia Guajajara organisierte Proteste wie die Besetzung des Plenarsaals im Nationalkongress durch 300 Indigene und traf auch schon die frühere Präsidentin Dilma Rousseff. Einem Millionenpublikum wurde sie 2018 bekannt, als sie in Rio de Janeiro gemeinsam mit dem Popstar Alicia Keys auftrat.

### Mitstreiter per Kopfschuss getötet

Der Kampf, den Sônia und ihre Guajajaras führen, ist gefährlicher geworden. Anfang November geriet einer ihrer engsten Mitstreiter in einen Hinterhalt und wurde von Holzfällern durch einen Kopfschuss getötet. «Die Politik von Bolsonaro hat für uns Indigene drastische Folgen.» Der umstrittene Präsident ermutigte zur Ausbeutung des Amazonas und rufe aktiv zu Attacken auf die indigenen Schutzgebiete auf. Zugleich schwäche Bolsonaro jene politischen Institutionen, welche die Indigenen und die Regenwälder vor illegalen Holzfällern schützen sollen. «Die Erschliessung unseres Landes zu Profitzwecken gehört zum politischen Pro-

gramm dieser Regierung. Alle, die in unsere Territorien einfallen, fühlen sich vom Präsidenten bestärkt und haben kaum Strafen zu befürchten», sagt Guajajara. Auch das Schutzgebiet im Bundesstaat Maranhão, wo sie aufgewachsen ist, wird stark vom illegalen Holzschlag bedroht. Dort leben 14 000 Indigene, darunter auch Gruppen, die jeden Kontakt zur Aussenwelt ablehnen. «Die Holzfäller sind bereits in das Gebiet eingedrungen», klagt sie. Gemeinsam haben die Einwohner eine Nachbarschaftswache organisiert, um sich den Eindringlingen entgegenzustellen.

### Kaum Anlass zur Hoffnung

Die Abholzung, die illegale Goldsuche, die systematische Verdrängung ihres Volkes – all das seien Folgen der internationalen Profitgier. «Das ständige Wirtschaftswachstum hat für uns den gegenteiligen Effekt: Unsere Lebensgrundlage schrumpft und schwindet immer weiter.» Die Ignoranz des Westens schockiere sie, sagt Guajajara. «Viele verstehen offenbar den Zusammenhang zwischen dem Konsum in Europa und den Folgen im Amazonas noch immer nicht.» Die Politik im Westen müsse dringend den Druck auf jene Unternehmen und Staaten erhöhen, die zur Umweltzerstörung beitragen. Aber auch jede und jeder Einzelne könne etwas bewirken. «Die Menschen sollten ihr Kaufverhalten überdenken, regionale Produkte bevorzugen und generell weniger konsumieren.»

Die Gespräche, die sie während ihrer Europareise geführt hat, geben ihr jedoch wenig Anlass zur Hoffnung. Sie spüre bei den Erwachsenen kaum Bereitschaft zu Veränderung. «Wir müssen mit der jungen Generation sprechen», sagt sie. «Vielleicht können wir diese zu einem nachhaltigen Lebensstil bewegen.» Denn der Kampf der Indigenen sei ein globaler. «Wenn die Menschen nicht endlich lernen, Rücksicht auf die Natur nehmen, zerstören wir am Ende die Lebensgrundlage von uns allen.»

den Journalistinnen und Journalisten, «hat ein Rindskopf mehr wert als der Kopf eines Häuptlings. Eine Sojapflanze ist wertvoller als ein Baum.» Wer Soja, Rindfleisch, Palmöl oder Gold aus geschützten Territorien in Brasilien kaufe, der kaufe indigenes Blut.

Aus den Worten, welche die drei Indigenen an diesem Morgen sprechen, klingen Wut und Verzweiflung. Kretã Kaingang bezeichnet die Schweiz als «Krebsgeschwür». Er spricht von einem Land ohne Ehrgefühl, das sich nur für Rohstoffe und den Handel interessiere. «Die Auswirkungen davon erleben wir täglich: illegale Goldminen, die Abholzung unserer Wälder, riesige Weideflächen, vergiftete Flüsse. Und das Vermögen, das korrupte Politiker damit verdienen, landet am Ende wieder auf euren Banken.»

Die Medienkonferenz geht zu Ende. Die Journalisten und Journalistinnen führen noch einige Interviews. Wollen genauer wissen, was sich die Delegation von der Reise erhofft, welche Folgen die Indigenen bei einem Abschluss des Mercosur-Abkommens befürchten, wie gross ihre Hoffnungen sind. Die Delegation verfolgt mit ihrer Reise ein klares Ziel: Sie will die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten verhindern. Denn die Indigenen befürchten, das Abkommen würde die zerstörerische Politik der brasilianischen Regierung legitimieren.

Nach GfbV-Angaben hat sich die Situation der rund 900 000 Indigenen und die Zerstörung des Regenwalds im Amazonas seit Bolsonaros Amtsantritt drastisch verschärft. Experten schätzen, dass sich die Abholzung bis im nächsten Jahr vervierfachen könnte, sollte die aktuelle Politik weitergeführt werden. Auch die Brandrodungen und Morde an Indigenen haben rasant zugenommen. Allein 2019 sind gemäss Medienberichten rund 140 Indigene getötet worden. Anfang November, während die Delegation durch Europa reiste, ermordeten Holzfäller in einem Hinterhalt einen Stammesführer per Kopfschuss. Die Indigenen fordern spezielle Klauseln in dem geplanten Handelsabkommen zwischen den EFTA-Ländern, darunter der Schweiz, und den vier von Brasilien angeführten Mercosur-Staaten. «Diese Klauseln müssen den Export von Produkten aus Konfliktgebieten, also indigenem Territorium, grundsätzlich verbieten», sagt Elizeu Guarani Kaiowá. Vor allem müssten die Klauseln einklagbar sein.

### Gesprächstermin beim Staatssekretariat

Nach der Pressekonferenz bewegt sich die Delegation gemeinsam mit dem GfbV-Team und einigen weiteren Begleiterinnen ins Migros-Restaurant in der Berner Altstadt. Mit ihrem Federschmuck stechen die elf Männer und Frauen aus der Menge hervor, die in langen Schlangen vor den Buffets steht. «Ich wusste gar nicht, dass wir in der Schweiz jetzt auch Indianer haben», raunt eine Frau ihrer Freundin zu. Ein älterer Mann schüttelt im Vorbeigehen verärgert den Kopf. Die Indigenen lassen sich nichts anmerken. Sie sind aus ihrer Heimat deutlich mehr Ablehnung gewohnt.

Schweigend essen sie am langen Tisch, bevor sie sich auf den Rückweg machen zum Hostel. Während sich ein Teil von ihnen in die Zimmer zurückzieht, bereitet sich eine kleinere Gruppe auf den nächsten Termin vor. Beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) treffen sie sich mit Markus Schlagenhof, Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge und mitverantwortlich für das Aushandeln des Abkommens mit den Mercosur-Ländern.

Kurz vor vier trifft die Gruppe – auch Elizeu Guarani Kaiowá ist mit dabei – beim Hauptgebäude des Seco ein. In einem Sitzungszimmer im Untergeschoss wartet eine Delegation des Bundes auf sie. Auf der einen Seite sitzen sechs Männer und eine Frau in perfekt sitzenden Anzügen. Ihnen gegenüber die Indigenen, die Gesichter mit schwarzen Linien geschminkt, Federschmuck auf dem Kopf. Nebst dem Seco sind auch das Aussendepartement sowie das Bundesamt für Umwelt vertreten. Zu Beginn bringt die Delegation nochmals ihre Bedenken zum Ausdruck. «Das Handelsabkommen trägt zur Zerstörung unserer Lebensräume bei», sagt Angela Kaxuyana. Die Indigenen sollen beim Abkommen miteinbezogen und der Schutz der Lebensräume sichergestellt werden, fordert sie. «Wir appellieren an euch: Übt mehr Druck aus auf die brasilianische Regierung», sagt Elizeu Guarani Kaiowá. «Wir verlangen nicht, dass ihr Unmögliches tut. Aber tut, was in eurer Macht steht.»

### «Sie scheinen sensibilisiert»

Knapp zwei Stunden später steht die Delegation im dicht gefüllten Tram auf dem Weg zurück in Richtung Berner Altstadt. Über die Bildschirme flimmert der abendliche Nachrichtenstrom. Dazwischen immer wieder ein Bild der Indigenen von der morgendlichen Pressekonferenz. Titel: «Mercosur: Brasiliens indigene Völker gegen Freihandelsabkommen». Auf ihrer bisherigen Reise haben sie mit vielen Behörden und Wirtschaftsverbänden gesprochen. Oft hatten sie den Eindruck, ihnen werde nicht wirklich zugehört. «Beim heutigen Treffen war das anders», sagt Elizeu Guarani Kaiowá. «Sie scheinen sensibilisiert und versuchen zumindest, mit Brasilien den Dialog zu suchen.» Er habe den Eindruck, ihre Anliegen würden hier ernst genommen.

Beim Käfigturm steigt die Gruppe aus und geht weiter zum Waisenhausplatz, wo an diesem Abend eine Kundgebung gegen die Umweltpolitik der Regierung Bolsonaro stattfindet. Einige Dutzend Menschen haben sich bereits versammelt. Auf der kleinen Bühne hält Sônia Guajajara auf Portugiesisch eine Rede. Gegen neun Uhr macht sich die Gruppe auf den Rückweg ins Hostel. Früh am kommenden Morgen fahren sie nach Genf, wo ein Treffen bei den Vereinten Nationen ansteht. Das weitere Programm ist dicht geplant. Parlamentarierinnen treffen, Workshop mit Aktivistinnen. Dann reisen die Indigenen weiter – Frankreich, Holland, Grossbritannien. Ihr Kampf um das eigene Überleben kennt keine Pausen. ■



# Aus der Schweiz exportiertes Nervengift im brasilianischen Trinkwasser

© Lunae Parracho



2018 wurden 37 Tonnen Profenofos aus der Schweiz nach Brasilien exportiert – das zeigen Dokumente des Bundes, die Public Eye vorliegen. Dieses Insektizid – ein Organophosphat – ist auf Schweizer Böden wegen seiner Gefährlichkeit für Mensch und Umwelt seit Langem verboten. In Brasilien gehört es zu den Pestiziden, die am häufigsten im Trinkwasser nachgewiesen werden.

**LAURENT GABERELL**

Sie dürften sich erinnern: Vor eineinhalb Jahren deckte Public Eye auf, welche Rolle ein hierzulande verbotenes, aus der Schweiz exportiertes Pestizid 2017 in einer Vergiftungswelle im indischen Yavatmal gespielt hatte. Nun belegen neuere Daten des Bundes, die Public Eye beim Bundesamt für Umwelt (BAFU) eingefordert hat, den Export einer weiteren höchst problematischen Substanz: Profenofos. Diesen der breiten Öffentlichkeit kaum bekannten Namen trägt ein höchst potentes Insektizid, das vor allem im Anbau von Baumwolle, Mais, Rüben, Soja, Kartoffeln und Gemüse verwendet wird. «Profenofos ist ein Organophosphat, wie Saringas», erklärt Nathalie Chèvre, Ökotoxikologin an der Universität Lausanne, gegenüber Public Eye. «Das sind Nervengifte.»

## **Gift im Trinkwasser**

In der Schweiz ist die Verwendung von Profenofos seit 2005 nicht mehr erlaubt. Der Stoff steht auf der Liste jener Pestizide, die wegen ihrer Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt verboten sind.

Dennoch lässt es die Schweiz zu, dass dieses Pestizid exportiert wird. Gemäss den von uns eingesehenen Daten wurden 2018 37 Tonnen Profenofos nach Brasilien ausgeführt. Auch wenn der Name der Exportfirma auf den Dokumenten geschwärzt ist, gibt es keinerlei Zweifel, dass es sich dabei um Syngenta handelt. Der Basler Konzern – die Nummer eins auf dem globalen Pestizidmarkt, die 2018 mit der Agrarchemie einen Umsatz von über zehn Milliarden US-Dollar erzielte – ist die einzige Firma überhaupt, die auf dem brasilianischen Markt Pestizidprodukte verkaufen darf, welche Profenofos enthalten. Auf seiner brasilianischen Website gibt der Konzern an, dass er den Wirkstoff im schweizerischen Monthey produziert. Der globale Profenofos-Markt wird auf etwa 100 Millionen Dollar pro Jahr geschätzt. Syngentas Verkäufe allein machen rund einen Viertel davon aus.

In Brasilien gehört die Substanz zu den Pestiziden, die am häufigsten im Trinkwasser nachgewiesen werden, wie die Daten des nationalen Programms für Trinkwasserüberwachung 2018–2019 zeigen. In jeder zehnten Probe

sind die ermittelten Profenofos-Werte so hoch, dass das Wasser in der Schweiz als für den menschlichen Konsum ungeeignet eingestuft würde. Die am stärksten betroffenen Regionen sind mit São Paulo und Minas Gerais die zwei bevölkerungsreichsten Bundesstaaten des Landes.

In einer öffentlichen Stellungnahme hat der Schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches letzten Sommer den «Doppelstandard» der Regierung angeprangert, welche die Ausfuhr von sehr gefährlichen, in der Schweiz verbotenen Pestizide zulasse, die dann im Ausland die Trinkwasserressourcen langfristig verunreinigten. Der Zugang zu sauberem Wasser sei ein Menschenrecht, und die Schweiz habe sich «offiziell dazu verpflichtet, diesem Menschenrecht nachzuleben» und es im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitsziele zu fördern, schrieb der Verband der Trinkwasserversorger weiter.

### Ein Bientötter

Laut einem Bericht des BAFU ist Profenofos hochgiftig für Wasserorganismen, Vögel und Bienen. Organophosphat-Pestizide wie Profenofos veränderten die Physiologie und Motorik der Honigbiene, was zu Lähmung und schliesslich zum Tod führe, sagt Marianne Tschuy, Fachspezialistin beim Bienengesundheitsdienst des Imker-Branchenverbands, auf Anfrage. Leonardo Melgarejo, Agraringenieur und Vizepräsident der brasilianischen Agrarökologievereinigung, zeigt sich empört darüber, dass die Schweiz die Ausfuhr eines im eigenen Land verbotenen Pestizids zulässt. «Diese Substanz gefährdet die gesamte Nahrungskette», erklärt er gegenüber Public Eye. «Die Schweiz sollte sich für ein weltweites Verbot dieser Art von Stoffen einsetzen, anstatt sie in mein Land zu exportieren.»

### Toxisch für das Nervensystem

Profenofos ist auch für den Menschen giftig. Die Substanz könne «die Aktivität des Nervensystems überstimulieren» und «bei sehr hoher Exposition Atemlähmung und Tod» zur Folge haben, schreibt die US-Umweltbehörde EPA. Das Risiko einer akuten Vergiftung betrifft in erster Linie Landarbeiterinnen und -arbeiter, die das Pestizid oft ohne Schutzausrüstung ausbringen. Im Jahr 2017 haben sich Bäuerinnen und Bauern in Indien schwere, teils tödlich endende Vergiftungen zugezogen, «nachdem sie eine Mischung aus Profenofos und Cypermethrin verwendeten», schreibt das BAFU in einem Bericht.

Zudem sind Fälle von Suizidversuchen mit Profenofos bekannt; etwa in Sri Lanka und Indien, mit von Syngenta verkauften Produkten. In Sri Lanka ist es seit Ende der 1990er-Jahre gelungen, die Mortalität infolge von Suizidversuchen drastisch zu senken, indem mehrere hochgiftige Pestizide, darunter Paraquat und Dimethoat, verboten wurden. «Vor 2011 gab es nur sehr wenige Vergiftungsfälle mit Profenofos», sagt Jeevan

Dhanarisi von der Medizinischen Fakultät der Universität von Peradeniya in Sri Lanka. Seither seien die Zahlen jedoch deutlich gestiegen, insbesondere seit 2014 Chlorpyrifos, eine Substanz aus derselben Gruppe, verboten wurde. Profenofos sei heute in Sri Lanka «ein grosses Problem. Mehr als jede zehnte Person, die die Substanz einnimmt, stirbt daran».

Profenofos kann bei wiederholter Exposition auch in niedrigen Dosen zu irreversiblen Schäden führen. Hans Muilerman, Toxikologe des Pesticide Action Network (PAN) Europe, hat die wichtigsten Studien zum Thema ausgewertet. Sein Fazit ist eindeutig: «Profenofos ist ein extrem gefährliches Pestizid. Besonders hoch sind die Risiken für ungeborene Kinder. Der Stoff beeinträchtigt in erster Linie die Entwicklung des Gehirns. Die Wirkung ist ähnlich wie bei Chlorpyrifos.» Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit hat kürzlich ein Verbot für Chlorpyrifos empfohlen, weil sie gestützt auf epidemiologische Erhebungen von «neurologischen Auswirkungen während der Entwicklung» von Kindern ausgeht. Auch in der Schweiz dürfte die Substanz gemäss Nathalie Chèvre von der Universität Lausanne demnächst verboten werden.

### Gift in unserem Gemüse

Die gesundheitlichen Risiken betreffen nicht nur Bäuerinnen, Landwirte oder allgemein Menschen, die in ländlichen Gebieten leben. Durch die Ausbringung von Profenofos auf den Feldern gelangt der Stoff oft auch ins Trinkwasser, wie in Brasilien. Und auch in unser Essen. Denn obwohl die Verwendung der Substanz in der Schweizer Landwirtschaft verboten ist, können Lebensmittel, die unter Einsatz von Profenofos produziert wurden, problemlos importiert werden. Profenofos ist denn auch das am häufigsten nachgewiesene, hierzulande verbotene Pestizid in unseren Lebensmitteln – wie unsere Analyse der detaillierten Daten des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) über Pestizidrückstände im Jahr 2017 gezeigt hat. Profenofos wurde in 41 Lebensmitteln nachgewiesen, vor allem in Gemüse sowie verschiedenen Früchten und Gewürzen aus Asien (Thailand, Vietnam, Indien und Sri Lanka).

### Kein Einzelfall

Profenofos ist nicht das einzige verbotene Pestizid, das aus der Schweiz exportiert wird. Im Jahr 2018 wurden aus der Schweiz auch knapp vier Tonnen Diafenthuron nach Südafrika und rund 20 Liter Atrazin in den Sudan ausgeführt. Auf eine parlamentarische Interpellation hin hat der Bundesrat 2017 berichtet, dass seit 2011 pro Jahr im Mittel 145 Tonnen hierzulande verbotene Pestizide exportiert wurden – verteilt auf durchschnittlich 74 Exporte jährlich. Bis auf eine einzige Substanz stehen alle exportierten Pestizide auf der PAN-Liste der «hochgefährlichen Pestizide». ■



# Politisches Mittel gegen toxische Exporte

Noch sträubt sich der Bundesrat, den Export von hierzulande verbotenen Pestiziden zu untersagen. Doch der internationale Druck wächst.

Nach Enthüllungen von Public Eye reichte die damalige Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne) im Dezember 2017 eine Motion mit Titel «Ausfuhrstopp für in der Schweiz verbotene Pestizide» ein – mit Unterstützung von 41 Parlamentsmitgliedern aus allen politischen Lagern. Kürzlich wurde die Motion jedoch abgeschrieben, weil die zweijährige Frist für deren Behandlung abgelaufen war.

In seiner Stellungnahme vom 21. Februar 2018 räumte der Bundesrat ein, dass die Verwendung verbotener Pestizide insbesondere in Entwicklungsländern ernsthafte Gesundheits- oder Umweltprobleme verursachen kann. Ein Ausfuhrverbot hielt er jedoch für «nicht verhältnismässig» – er bevorzuge Massnahmen, welche «die Wirtschaftsfreiheit weniger stark beschränken». Stattdessen legte der Bundesrat einen Entwurf für eine Verordnungsänderung vor: Der Export bestimmter gefährlicher Pestizide, die in der Schweiz verboten sind, soll von einer vorgängigen ausdrücklichen Zustimmung des Einfuhrlandes abhängig gemacht werden. Dieser Entwurf wurde Anfang 2019 in die Vernehmlassung geschickt, die Anpassung dürfte der Bundesrat diesen Frühling im Rahmen des «Verordnungspakets Umwelt» verabschieden.

## Unzureichende Massnahme

Public Eye und andere Organisationen halten diesen Vorschlag für klar unzureichend, da er den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt in den betroffenen Ländern nicht gewährleisten kann. Auch mehrere Kantone haben sich kritisch geäussert: So haben sich Waadt, Bern und Luzern für einen Ausfuhrstopp verbotener Pestizide ausgesprochen – der Bundesrat müsse den Schutz von Gesundheit und Umwelt höher gewichten als die Wirtschaftsfreiheit.

Aus der Sicht von Syngenta geht dagegen sogar der Vorschlag des Bundesrats zu weit. In seiner Stellungnahme zuhanden des Bundesamts für Umwelt behauptet der Konzern, die Verordnungsänderung würde zu einer unwirksamen und unnötigen Regulierung führen, welche die Attraktivität der Schweiz als Produktionsstandort gefährden würde. Er setzt somit

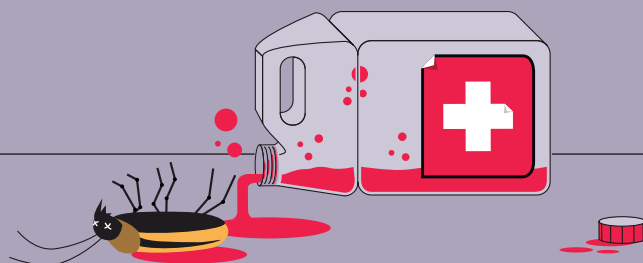
einmal mehr implizit auf die Drohung, Arbeitsplätze abzuziehen. Syngentas Widerstand zum Trotz sieht es jedoch danach aus, dass sich das veraltete Geschäftsmodell nicht mehr lange halten wird. So hat Frankreich bereits 2018 ein Exportverbot beschlossen, das 2025 in Kraft tritt. Auch in Deutschland haben Exporte verbotener Pestizide für Schlagzeilen gesorgt, und das Thema wird im Europäischen Parlament diskutiert. Public Eye wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass die Forderung nach einem Exportverbot auch in der Schweiz wieder auf das Tapet kommt.

## Gewichtige Unterstützung

Die Forderung nach Exportverboten hat kürzlich auch auf internationaler Ebene gewichtige Unterstützung erhalten. Das gemeinsame Gremium der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Weltgesundheitsorganisation WHO zur Handhabung von Pestiziden hat im vergangenen November eine Empfehlung verabschiedet, wonach ein Land, das ein Pestizid wegen seiner Gefährlichkeit verbietet, auch die Produktion und den Export des Stoffes unterbinden soll.

Und auch Baskut Tuncak, UN-Sonderbericht-erstatte für toxische Substanzen und Menschenrechte, forderte die Schweizer Behörden auf, ein solches Exportverbot zu verhängen. Es sei «schwer vorstellbar», dass gefährliche Pestizide, die in der Schweiz verboten sind, «in Zielländern mit schwächeren staatlichen Strukturen absolut sicher angewandt werden können», schrieb er in einem offenen Brief an die Schweizer Regierung – und erinnerte sie daran, dass Staaten verpflichtet sind, «grenzüberschreitend» zu verhindern, dass Arbeitnehmende gefährlichen Stoffen, einschliesslich Pestiziden, ausgesetzt werden.

Im Namen der Internationalen Gewerkschaft der Lebensmittel- und Landwirtschaftsarbeiter (IUL) forderte auch deren Generalsekretärin Sue Longley die Schweiz dazu auf, «internationale Menschenrechtsstandards einzuhalten» und die «Ausfuhr von Substanzen, die Krankheit, Leid und Tod verursachen, zu stoppen». ■





# House of Cars

© Laurent Gilliéron/Keystone

Sie glänzen in Rot, Gelb oder Cremeweiss: Die protzigen «Supercars» des Präsidentensohns Teodorin Obiang stehen geradezu sinnbildlich für die jahrzehntelange Korruption in Äquatorialguinea. Auch wenn sie inzwischen beschlagnahmt wurden: Die Potentatenfamilie hält das Steuer noch immer fest in der Hand – was die Rückführung der Gelder, die bei der Versteigerung der Boliden eingenommen wurden, nicht einfacher macht.

**ADRIÀ BUDRY CARBÓ**

Wo sind die «Supercars» von Teodorin Obiang? Darüber rätseln Redaktionen und NGOs seit Monaten. Ende 2016 waren sie von der Genfer Justiz beschlagnahmt und später versteigert worden. Der älteste Sohn der Potentatenfamilie wird der Geldwäscherei und der ungetreuen Amtsführung verdächtigt. Fast die Hälfte der 25 Luxusautos landete in den Händen eines unbekanntes Investors. Agierte dieser im Namen des Obiang-Clans? Werden die Ferraris, Bugattis und Lamborghinis wieder auf den Strassen der äquatorialguineischen Hauptstadt Malabo auftauchen?

Die meisten der 1,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Äquatorialguineas dürften noch nie etwas vom Strafverfahren gegen den Potentatensohn gehört haben. Die Medien des Landes verlieren darüber kein Wort. Seit 1979 schröpft die Familie Obiang das kleine, südlich von Kamerun gelegene Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt. Auf dem internationalen Parkett wurde die Position des Clans jüngst sogar noch gestärkt: Der Internationale Währungsfonds (IWF) gewährte dem Land im Herbst 2019 im Austausch gegen vage Transparenzversprechen einen Kredit von 280 Millionen US-Dollar. Bis auf Weiteres bleibt also alles beim Alten.

## **Prassen und prahlen**

Neuerdings ist «Teddy», wie Teodorin sich nennt, nun erst mal auf dem Motorrad unterwegs. Ein Video zeigt ihn, wie er am frühen Abend des 22. Septembers 2019 sichtlich entspannt auf seinem Indian Springfield Dark Horse sitzt und durch die leeren Strassen der Hauptstadt Malabo

cruist. Am Horizont sind ein paar beleuchtete Gebäude, Palmen, der Strand und einige Öltanker zu erkennen.

Auf dem Instagram-Account des «Golden Boy», selbst Vizepräsident von Äquatorialguinea, posten Follower vor allem besorgte Nachrichten, weil er keinen Helm trägt. Wenn Papa seit 40 Jahren das Land regiert, lebt es sich offensichtlich sorglos. Untermalt wird das Video vom eingängigen Lied «Dance The Night Away» der amerikanischen Band The Mavericks.

*«Here comes my happiness again.  
Right back to where it should have been.»*

Ob Teddy wohl gerade an die Auktion denkt, die für die folgende Woche auf dem Golfplatz Bonmont im schweizerischen Nyon angesetzt ist? Dort werden seine 25 Supercars versteigert werden, die die Genfer Justiz im Oktober 2016 beschlagnahmt hatte, nachdem gegen ihn ein Strafverfahren wegen «Geldwäscherei und ungetreuer Amtsführung» eröffnet worden war. Teddy scheint jedenfalls glücklich zu sein, wie eigentlich immer. Egal, ob gerade seine Sportwagen, seine Villa in Malibu, sein Pariser Stadthaus oder seine diamantbesetzte Uhren beschlagnahmt werden – Teddy vergisst nie, seine flüchtigen Momente des Glücks mit seinen 89 000 Followern zu teilen.

«Die ganze Medienaufmerksamkeit richtet sich auf Teodorin», kritisiert Delfin Mocache Massoko. Auch wenn der Journalist aus Äquatorialguinea, der im spanischen Exil lebt, den Präsidentensohn bei seinem Vornamen nennt, steht er ihm keineswegs nahe. Delfin





### Teodorin Obiang

Der designierte nächste «König» Äquatorialguineas. Der derzeitige Vizepräsident des Landes fällt eher durch seinen Hang zu Luxus und «Supercars» auf denn als umsichtiger Führer der militärischen Landstreitkräfte, deren General er ist.



### Constancia Mangué

Der First Lady des Landes wird eine gewisse Verbissenheit nachgesagt, wenn es darum geht, die Interessen ihrer Kinder Teodorin, Pastor und Justo gegenüber jenen von Gabriel und anderen Halbbrüdern durchzusetzen.



### Teodoro Obiang

Der etwas steife, aber bis heute fast faltenlose Patriarch ist mittlerweile 77 Jahre alt. Seit er 1979 seinen Onkel gestürzt hat, ist er Präsident von Äquatorialguinea.



### Gabriel Obiang Lima

Der derzeitige Minister für Bergbau und Erdöl ist ein ernst zu nehmender Kandidat, um an die Macht zu gelangen, falls Teodorin weiterhin über die Stränge schlagen sollte.

Mocache Massoko war einer der Hauptzeugen beim «biens mal acquis»-Prozess in Frankreich, wo Teodorin Obiang im Oktober 2017 wegen Geldwäscherei, Veruntreuung von Vermögenswerten, Missbrauch öffentlicher Gelder, Vertrauensbruch und Korruption schuldig gesprochen wurde.

Der Journalist und Gründer der investigativen Plattform Diario Rombe ist überzeugt, dass der Präsidentensohn nur einer unter vielen ist. Teodorin sei zwar das einzige Mitglied der Familie Obiang, das zwanghaft Geld ausbebe und seinen Reichtum zur Schau stelle. «Aber eigentlich verfügt er über keine finanziellen Mittel und hängt am Tropf des Finanzministeriums. Der wahre Erdölkönig ist sein Bruder Gabriel.»

#### Eine geschäftige Familie

Teodorins Eskapaden lenken von den tatsächlichen Machtverhältnissen an der Spitze des Landes ab, das als «Petromonarchie» oder auch als «afrikanisches Emirat» bezeichnet wird. Mehr schlecht als recht bereitet sich Äquatorialguinea derzeit auf die Ablösung des 77-jährigen Patriarchen Teodoro Obiang vor. Seit dieser 1979 seinen Onkel gestürzt hat, teilt der ehemalige Chef der Streitkräfte seine Macht ausschliesslich mit seiner Familie – und auch das nur beschränkt. Jedem Familienmitglied hat er einen kleinen Bereich der wirtschaftlichen Aktivitäten «seines» Landes zugeschanzt.

Teodorin, der älteste Sohn, ist zweifelsohne das bekannteste Mitglied der Familie. Heute ist er Vizepräsident und General der Landstreitkräfte. Zuvor war er Minister für Land- und Forstwirtschaft. Gemäss der Anklageschrift der US-Staatsanwaltschaft aus dem Jahr 2012 hatte er damals auf jedem Kubikmeter exportiertes Holz eine Steuer erhoben, zudem wurde auf Konzessionen für ausländische Unternehmen jeweils eine «persönliche Steuer» fällig. Zwei Jahre nach der Anklageerhebung wurde das Verfahren eingestellt, im Gegenzug wurden Vermögenswerte von schätzungsweise 34 Millionen Dollar eingezogen.

Teodorin kontrolliert zudem direkt oder indirekt mehrere Baufirmen, die grosszügig staatliche Aufträge erhalten. Diese Praxis ist unter den Machthabenden weitverbreitet, wie die Organisation Human Rights Watch 2017 in einem detaillierten Bericht festhielt. So hält etwa die First Lady Constanca Mangué Anteile an ABC Construction. Die Firma agiere als Scheingesellschaft und habe öffentliche Aufträge im Wert von Millionen von Dollar erhalten, die sie dann für einen Bruchteil davon an Eloba Construcción (im Besitz von Teodorin) und andere Subunternehmen weitergegeben habe, sagte ein ehemaliger Obiang-Geschäftspartner gegenüber Human Rights Watch. Constanca's Tochter Francisca Obiang Jiménez wiederum steht dem nationalen Planungsbüro GE Proyectos vor und hat die Aufsicht über Projekte der Regierung sowie über an Private vergebene Konzessionen. Ihr Halbbruder Alberto Obiang Lima verwaltet derweil die Häfen des Landes.

Justo und Pastor sind die beiden «Genfer» der Familie und verkörpern die engen Beziehungen der Familie Obiang zur Schweiz, die sie mit ihren Flugzeugen gerne und oft anfliegen. Die Zwillinge haben den Schweizer Pass, ihre gesamte Schul- und Ausbildungszeit haben sie in privaten Institutionen am Genfersee verbracht. Aus der Politik Äquatorialguineas haben sie sich stets rausgehalten. Finanziellen Zuwendungen aus der Heimat zeigten sie sich jedoch nicht abgeneigt. Beide sind in die Geschäfte des Präsidentenclans verwickelt – über ihre Beteiligungen am Baukonzern Abayak, an der Telekommunikationsgruppe Hits Telecom Muni oder am Luba Oil Terminal. Dieser auch mit den Kürzeln LOT oder LOTEK bezeichnete Terminal hat einen Teil der Erdölprofite über den Handelsplatz Genf geleitet, worauf wir noch zurückkommen werden. Im Februar 2018 hat Pastor in Mosambik, wo er mit seiner Frau und seinem Kind hingezogen ist, das Bergbau- und Dienstleistungsunternehmen Edge Development gegründet. Justo erhielt währenddessen eine Beistandschaft und demolierte zwei Autos, darunter ein Polizeiauto. Er war auf der Flucht vor

seinem Arzt, der ihn wegen einer schweren psychischen Erkrankung in eine Klinik einweisen wollte. Justo suchte Schutz bei der äquatorialguineischen Botschaft in Paris und ist nach unseren Informationen mittlerweile in seine Villa in Anières (GE) zurückgekehrt.

Und schliesslich ist da noch Teodorins Halbbruder Gabriel Obiang Lima. Er steht an der Spitze des allmächtigen Bergbau- und Erdölministeriums. Er wird als gerissen beschrieben und scheint sein Amt im Gegensatz zu Teodorin ernst zu nehmen. Für das Management des Erdöls, der wichtigsten Ressource des Landes, hat er sich mit kompetenten Beratern umgeben. Gabriel tritt viel diskreter auf als sein älterer Bruder, was ihn aber nicht daran hindert, sich zu bereichern. Ende 2014 räumte das niederländische Unternehmen SMB Offshore ein, ihm im Austausch für Erdölverträge 7,5 Millionen Dollar Bestechungsgelder bezahlt zu haben. Mehrere Hunderttausend Dollar gingen an seine Entourage. Das Verfahren in den Niederlanden, bei dem es auch um Korruption in Brasilien, Angola, Kasachstan und Irak ging, wurde beigelegt, nachdem sich der Konzern verpflichtete, eine Busse von 240 Millionen Dollar zu zahlen. In Äquatorialguinea hat der Fall keinerlei Wellen geschlagen.

### **Erdölprofite flossen über Genf**

Das schwarze Gold ist die Haupteinnahmequelle der Regierung. Laut einem IWF-Bericht stammten fast 90 Prozent des 5-Milliarden-Dollar-Budgets Äquatorialguineas aus dem Erdölsektor. Trotzdem musste die Bevölkerung von Bata, dem wirtschaftlichen Zentrum des Landes, letzten Herbst wochenlang ohne fliessendes Wasser auskommen. Denn die Gelder für das Erdöl fliessen teils über diffuse Kanäle, oft via europäische Zwischenhändler. «Die staatliche Erdölgesellschaft ist der Chiringuito [d.h. in etwa Bartheke] der Obiang-Familie», sagt Delfin Mocache Massoko. «Sie gründen Joint Ventures, stellen offiziell Cousins oder Leute aus ihrer Entourage an die Spitze und registrieren die Firmen in Steuerparadiesen.» Die Gesellschaft Equatorial Guinea LNG Holdings Limited, bei der Gabriel Obiang einer der Direktoren ist, hatte 2004 ihren Sitz auf den Bahamas und fand Eingang in die Bahamas-Leaks. Bemerkenswert für eine Firma, die zu 25 Prozent dem staatlichen Gasunternehmen Sonagas gehört.

Einer der dubiosesten Finanzflüsse führt über Genf. 1999 wurde dort die mysteriöse Tacoma Trading Limited, eine Tochtergesellschaft der gleichnamigen Londoner Firma, tätig. Das mit einem Eigenkapital von 500 000 Pfund ausgestattete Unternehmen handelt mit Rohöl, Erdölprodukten und Gas. Die Geschäfte scheinen gut zu laufen – jedenfalls erwarb Tacoma eine namhafte Beteiligung an Luba Oil Terminal (LOT), dem Unternehmen, das die Fachpublikation Africa Intelligence mit den Zwillingen Pastor und Justo in Verbindung bringt. Laut einem uns vorliegenden Dokument vom 25. Mai 2005 hielt Tacoma zu diesem Zeitpunkt 51 Prozent der Aktien von LOT –

über die Tochtergesellschaft Tacoma Refining & Distribution. Diese war gemäss Daten der Kanzlei Mossack Fonseca auf den Britischen Jungferninseln registriert, wie aus den Panama Papers hervorging. Die restlichen Anteile wurden von zwei äquatorialguineischen Staatsunternehmen gehalten, GE Petrol (30 Prozent) und Sonergy (19 Prozent). In diesem Dokument sowie in zwei weiteren vom 17. November 2005 bittet ein gewisser Pierre L., der sich als Präsident von LOT, aber auch als Direktor der Genfer Niederlassung von Tacoma präsentiert, seine Geschäftspartner, ihren Beitrag auf ein Konto bei der Genfer Filiale von BNP Paribas einzuzahlen.

Am 25. Mai 2005 betrug die Beteiligung von Tacoma fast 2,8 Millionen Dollar, jene von GE Petrol rund 1,6 Millionen und jene von Sonergy über eine Million. Die Mittel von Tacoma beliefen sich per 31. Dezember 2005 auf 14 326 074 Dollar. Die Firma schien sich bester finanzieller Verhältnisse zu erfreuen. Warum also wurde sie von Direktor Pierre L. – der nicht zu verwechseln ist mit einem in Genf wohnhaften Mann gleichen Namens – zwei Jahre später liquidiert, nachdem die Kapitalbeschaffung abgeschlossen war?

### **Das «internationale Komplott»**

«Der laufende Prozess in Frankreich ist eine Farce!», verkündet ein verärgertes Teodorin Obiang im Juni 2017 vor der Versammlung der Afrikanischen Union. Der Vizepräsident hat zu diesem Zeitpunkt Ärger an diversen Fronten. Der Prozess gegen ihn wegen unrechtmässig erworbener Vermögenswerte hat in Paris gerade begonnen, obwohl Äquatorialguinea versucht hatte, vor dem Internationalen Gerichtshof seine Immunität geltend zu machen. Für den Familienclan ist das Gerichtsverfahren ein Affront, eine «Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates».

Einige Monate zuvor hatte die Genfer Justiz auf dem Rollfeld des Flughafens Teodorins Luxusautos beschlagnahmt. Dann hatte sie in den Niederlanden interveniert, damit auch die Ebony Shine eingezogen wird. Besitz und Unterhalt dieser 100 Millionen Euro teuren Yacht waren schlecht mit dem offiziellen Monatsgehalt von 3500 Dollar des Ministers zu vereinbaren. Die Yacht wird nun von einer Genfer Anwaltskanzlei verwaltet. Weil die Staatsanwaltschaft keine Erlaubnis zum Verkauf der Yacht erhalten hat, kostet der Unterhalt die Genfer Steuerzahlenden 2000 Euro pro Tag.

In einer offiziellen Erklärung beklagt die äquatorialguineische Regierung ein «von gewissen französischen und schweizerischen Institutionen» orchestriertes Komplott zur «Schädigung des internationalen Ansehens des Vizepräsidenten». Teodorin Obiang beteuert, seine französischen Liegenschaften seien mit «legal verdientem» Geld erworben worden. Das französische Gericht sieht dies anders. Am 27. Oktober 2017 wird Teodorin Obiang zu





drei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung sowie zu einer Geldstrafe von 30 Millionen Euro verurteilt. Einleitend hält das Pariser Strafgericht fest, dass es für den Fall sehr wohl zuständig sei. Denn die Straftaten seien von Teodorin Obiang in Frankreich für seinen «persönlichen» Gebrauch begangen worden und nicht «in Ausübung seines Amtes».

Die Organisation Sherpa, die zehn Jahre zuvor das Verfahren gegen den «Goldjungen» und vier weitere afrikanische Staatsoberhäupter eingeleitet hatte, äussert Genugtuung über dieses Urteil. William Bourdon, Sherpa-Gründer und Antikorruptionsanwalt, kommentiert: «Eine staatliche Machtposition darf kein Freibrief zur persönlichen Bereicherung sein.»

Als das Gericht ihn schuldig spricht, bereut der «Goldjunge» womöglich, dass er sich einst beim Shopping auf den Champs-Élysées von Kameras der Sendung Zone Interdite begleiten liess. Die Aufnahmen zeigen den damals 29-jährigen, im Luxus schwelgenden Teodorin, wie er mehrere Massanzüge anprobiert. Sein Schneider nennt ihn bereits Präsident.

#### Finanzjongleur gegen Problemsohn

Insider berichten jedoch, dass sich Teodorin seiner präsidentalen Zukunft nicht ganz so sicher sein kann. Denn sein Halbbruder Gabriel bringt sich erfolgreich in Stellung. Als «Finanzjongleur» des Obiang-Clans zieht er gemäss Africa Intelligence die Fäden bei den Bestrebungen zur wirtschaftlichen Diversifizierung des Landes, die angesichts der schrumpfenden Erdöleinnahmen dringend nötig ist. Zudem scheut er keine Anstrengungen, um neue Investitionen zu akquirieren.

Ebenso ist es Gabriels Verdienst, dass Äquatorialguinea im Mai 2017 in das Kartell der erdölexportierenden Länder OPEC aufgenommen wurde. Auch gegenüber der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) agierte er geschickt. Das Gremium hatte Äquatorialguinea 2010 unter anderem wegen Unterdrückung

der Zivilbevölkerung ausgeschlossen. Im Juni 2019 reiste Gabriel Obiang persönlich nach Paris an die Jahreskonferenz der EITI und begründete in einer Rede das Beitritts-gesuch seines Landes: «Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass unsere Mitgliedschaft in der EITI das Investitionsklima verbessern und ausländische Direktinvestitionen in verschiedenen Sektoren, unter anderem im Energiesektor, fördern wird.»

Diese Beitrittsabsichten Äquatorialguineas überzeugten offenbar den IWF, der Ende Oktober beschloss, dem Land ein neues Darlehen zu gewähren. Erst war die Höhe des Betrags unklar, irgendwann gab der IWF dann bekannt, dass er dem Land 280 Millionen Dollar leihen wolle. Die Begründung: Man wolle dem Land helfen, seine Währung gegen Spekulationsangriffe zu verteidigen und den Staatshaushalt über Wasser zu halten, der wegen fallender Ölpreise in Schieflage geraten war. NGOs protestierten empört. In einer Medienmitteilung rechtfertigt der IWF seinen Schritt damit, dass er die Bemühungen des Landes unterstütze, «eine nationale Strategie zur Verbesserung der Regierungsführung und zur Korruptionsbekämpfung zu entwickeln, indem die Behörden einen Governance-Bericht erstellen».

Angesichts der diplomatischen Erfolge seines Halbbruders scheint Teddy mit seinen Eskapaden geradezu mutwillig seinen Status als Favorit auf die «Thronfolge» zu gefährden. In Genf erklärt sein Fahrer der Polizei, dass er ihn bei seinen zahlreichen Besuchen noch nie an der Arbeit gesehen habe: «Er verbrachte die meiste Zeit mit Schlafen, Einkaufen und Partys.» Für den Journalisten Delfin Mocache Massoko ist klar: «Teodorin wird nicht der Nachfolger seines Vaters sein. Die internationale politische Klasse kann mit seinem Auftreten nichts anfangen.» Laut Africa Intelligence verscheucht der «labile» Teodorin Erdölkonzerne. Diese schreckten vor einem längerfristigen Engagement in Äquatorialguinea zurück, weil «die bevorstehende Machtübergabe

von Teodoro an seinen Sohn nicht gesichert ist». Das Verhältnis zwischen den beiden Halbbrüdern scheint denn auch nachhaltig getrübt. Ihren Konflikt tragen sie meist über ihre Berater aus. Teodorin hat aber auch schon selbst über Social Media Dampf abgelassen. Im Jahr 2018 schimpfte er seinen Halbbruder auf Facebook einen «Verräter», löschte den Post kurz darauf aber wieder. Wenige Monate nach Teodorins Verurteilung wegen unrechtmässig erworbener Vermögenswerte in Paris hatte es Gabriel gewagt, mit dem französischen Konzern Total Verhandlungen aufzunehmen.

### Helvetischer Pragmatismus

In der Schweiz lösen sich die Probleme von Teodorin nach und nach. Die Beschlagnahmung der Yacht wurde im Februar 2019 aufgehoben, als die Genfer Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Geldwäscherei und ungetreuer Amtsführung einstellte.

Nach über zwei Jahren Verfahren und diversen Rechtshilfeersuchen war die Staatsanwaltschaft zum Schluss gekommen, dass sie nicht in der Lage sei, die Anklagepunkte gegen den Vizepräsidenten und zwei weitere Angeklagte zu beweisen. Unseren Informationen zufolge verhielt sich auch die niederländische Justiz in diesem Fall nicht sehr kooperativ. Zur Deckung der strafprozessualen Untersuchungskosten hat sich Äquatorialguinea bereit erklärt, 1,3 Millionen Franken an den Kanton Genf zu zahlen. Auch verzichtet das Land auf

die 25 Luxuswagen seines Vizepräsidenten, die offiziell auf das staatliche Unternehmen Ototong registriert waren. Die Versteigerung der Supercars brachte 23,4 Millionen Franken ein, die nun an soziale Projekte in Äquatorialguinea fliessen sollen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist auf der Suche nach geeigneten Projekten. Aber wie kann in einem Land, in dem alles von einem Clan kontrolliert wird, sichergestellt werden, dass das Geld tatsächlich in soziale Projekte fliesst und nicht in die Taschen der Machthabenden? Unmöglich, meint Tutu Alicante. Der äquatorialguineische Anwalt und Gründer der NGO EG Justice mit Sitz in den USA weist darauf hin, dass Bern weder eine Botschaft noch diplomatische Beziehungen zu Malabo unterhält: «Die Schweiz kennt das Terrain nicht. Sie wird die Verwendung der Gelder nur sehr schwer kontrollieren können.» An eine erfolgreiche Vermittlung durch eine internationale Organisation glaubt er auch nicht: «Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und Catholic Relief Services haben sich aus dem Land zurückgezogen, weil sie nicht den nötigen Freiraum erhalten haben, um ihre Arbeit machen zu können», sagt er. «Es ist ein kleines Land, und die Regierung hat alles in der Hand.»

In Malabo wird Teddy wohl noch länger «Here comes my happiness again» trällern können. Am Steuer oder am Lenker seines Motorrads – er scheint der Gerechtigkeit immer ein paar Meter voraus zu sein. ■

## Hohe Hürden für Rückerstattungen

Am Fall der «Supercars» zeigen sich deutlich die Grenzen der Politik bei der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte. Bis zur Sperrung von Geldern ist das Verfahren klar geregelt. Was eine «gute Rückerstattung» ist, wurde hingegen nie klar festgelegt. So rühmt sich der Bund, zwischen 2005 und 2017 mehr als eine Milliarde Franken aus Konten des Clans von Sani Abacha an Nigeria rückerstattet zu haben. Bei fast der Hälfte der Gelder war jedoch nicht zu eruieren, wo sie schlussendlich landeten. Die Millionen waren einfach auf staatliche Konten Nigerias überwiesen worden. Zumindest scheinen die Schweizer Behörden daraus gewisse Lehren gezogen zu haben. Sie haben beschlossen, die Verwendung rückerstatteter Mittel künftig besser zu überwachen. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Herkunftsländer nicht in der Lage oder bereit sind, unrechtmässig erworbene Vermögenswerte zurückzuerlangen. Haiti gehört zur ersten

Gruppe: Die Gelder des ehemaligen Diktators Duvalier bleiben gesperrt, obwohl das frühere Regime mittlerweile gestürzt war. Die Demokratische Republik Kongo fällt in die zweite Kategorie. Weil das Land nicht kooperierte, wurden gesperrte Gelder an die Entourage des ehemaligen Präsidenten Mobutu zurückgegeben.

Es ist daher zu befürchten, dass die Rückerstattung der Einnahmen aus der Versteigerung der Supercars zu einem «zweiten Duvalier-Fall» werden könnte. Erschwerend kommt hinzu, dass die Rückgabe direkt mit Teodoro Obiang, dem Vater des Betroffenen, ausgehandelt werden muss. Die Verhandlungen dürften Jahre dauern. «Ich hoffe einfach, dass die Schweiz das Verfahren und die Kriterien für die Auswahl der Partner-Organisationen öffentlich macht», sagt der äquatorialguineische Anwalt Tutu Alicante.



# Nestlé & Co. als offizielle Schweizer Entwicklungshelfer

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), die schon heute mit Konzernen mit zweifelhaftem Ruf zusammenarbeitet, will die Kooperationen mit der Privatwirtschaft massiv ausbauen. Ein interner Bericht des Aussendepartements, den Public Eye ausgewertet hat, zeigt, unter welchen hochproblematischen Bedingungen diese Partnerschaften, deren Nutzen nicht belegt ist, eingegangen werden: Die Entscheide erfolgen nach «kollektivem Bauchgefühl», eine schriftliche Vereinbarung gibt es kaum je und die Deza hat keinerlei Mittel, Verstösse gegen die von ihr definierten Ausschlusskriterien zu ahnden.

CHRISTA LUGINBÜHL UND OLIVER CLASSEN

Die Blick-Schlagzeile letzten November liess aufhorchen: «Zoff beim EDA – Deza wollte hoch bezahlte Banker anheuern». Das zeigten «vertrauliche Dokumente», berichtete der Blick. Inspektoren des Aussendepartements EDA hätten die Pläne jedoch vorerst gestoppt – weil sie «einen Reputationsschaden» befürchteten. Was steckt da dahinter? Der Blick stützt sich in seinem Artikel auf einen Bericht der «Internen Revision» des EDA, einer Stelle, die unter anderem die Einhaltung interner Vorgaben überprüft und in Führungs-, Management- und Risikofragen berät. Die Zeitung hat unter Berufung auf das Öffentlichkeitsgesetz erfolgreich Einsicht in das Dokument verlangt – weshalb dieses nun auch über die Website des Vereins [oeffentlichkeitsgesetz.ch](http://oeffentlichkeitsgesetz.ch) abrufbar ist.

---

**Sogar für die Schwyzer Kantonalbank ist Nestlé inzwischen ein «No-Go», wenn «ethisch» investiert werden soll. Die Deza sieht dies ganz anders.**

---

Wir haben den Bericht vom Juni 2019 eingehend analysiert. Er bezieht sich auf die Abteilung, in der die thematische Einheit «Inclusive Economic Development» angesiedelt ist. Der Bericht untersucht deshalb unter anderem die Zusammenarbeit der Deza mit Schweizer Unternehmen. «EPS» heisst die Strategie der Stunde, also «Engagement mit dem Privatsektor». Dazu gehören nicht nur Kooperationen mit KMU in den Zielländern, sondern insbesondere auch «Entwicklungspartnerschaften» mit Schweizer Konzernen wie Nestlé, Syngenta oder Holcim.

Zwar hat die Deza eine Liste mit Ausschlusskriterien definiert. In Menschenrechtsverstösse, illegale Ab-

holung oder Zwangsarbeit involvierte Unternehmen sollen demnach keine EPS-Partner werden. Doch die Vorgabe greift offensichtlich nicht. Die Deza unterhält seit Jahren schon engste Kontakte mit Nestlé, obwohl dieser Konzern gleich eine Vielzahl an Ausschlusskriterien erfüllt: Medien und NGOs berichten etwa immer wieder über Zwangs- und Kinderarbeit auf Kakaoplantagen oder von Palmöl aus abgeholzten Regenwaldgebieten, das der Konzern bezieht. Sogar für die Schwyzer Kantonalbank ist Nestlé inzwischen ein «No-Go». Zumindest für all jene, die «ethische Investitionen» tätigen wollen: Wegen «Menschenrechtskontroversen» könne in diese Titel leider nicht nachhaltig investiert werden. Ganz anders sieht dies die Deza: Sie will den Steuerfranken für Entwicklungszusammenarbeit künftig offenbar noch bereitwilliger mit Schweizer Grossunternehmen teilen – oder gleich ganz in deren Tasche schieben.

## Nestlé, what else?!

Ignazio Cassis machte 2019 als EDA-Chef vor, was es heisst, wenn des Aussenministers beste Freunde in den Teppichetagen von Konzernen sitzen: Im Januar besuchte er Glencores Skandal-Kupfermine in Sambia und erteilte ihr einen bundesrätlichen Persilschein. Im Februar gründete er die «Geneva Science and Diplomacy Anticipator»-Stiftung, deren Ziel es ist, bei der UNO in Genf globale Regulierungsvorschläge einzubringen. Das Präsidium, dem er drei Millionen Schweizerfranken mit auf den Weg gab, vertraute er ausgerechnet dem Ex-Nestlé-Chef Peter Brabeck und Patrick Aebischer, Verwaltungsratsmitglied von Nestlé, an. Im Juni schliesslich wurde bekannt, dass Christian Frutiger, langjähriger Cheflobbyist von Nestlé, Deza-Vizedirektor werden soll. Seit Oktober ist «Botschafter Frutiger» nun offiziell zuständig für sämtliche

kritische Themen unserer Zeit – Klimawandel, Wasser, Migration, öffentliche Gesundheit und Ernährungssicherheit – sowie für die Vergabe von finanziellen Beiträgen an vierzehn für die Schweiz prioritäre multilaterale Organisationen. Kaum jemand innerhalb der Deza dürfte einen grösseren Einfluss auf die Ausrichtung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit haben als Frutiger.

Ein Blick in die alle vier Jahre vom Bundesrat herausgegebene «Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit» zeigt, dass die Schweiz seit mindestens zehn Jahren kontinuierlich am Ausbau von öffentlich-privaten Entwicklungspartnerschaften arbeitet. Auf operativer Ebene hat die Deza gemäss eigener Aussage «mit Privatunternehmen strategische Allianzen» geschmiedet, um die Entwicklungsziele in exakt jenen Bereichen zu erreichen, für die nun ein Ex-Nestlé-Manager zuständig ist. Das offizielle Budget dafür beträgt heute jährlich rund 30 Millionen Schweizerfranken. In der Realität dürften EPS-Projekte aber deutlich stärker ins Gewicht fallen. Denn bisher werden erbrachte Sachleistungen nicht systematisch monetarisiert und erfasst, was für die EDA-Revisionsstelle «nicht nachvollziehbar» ist.

### Aufstockung und Umbau

Die Deza will die EPS-Projekte gemäss dem Revisionsbericht bis 2024 verdoppeln und in den nächsten zehn bis 13 Jahren gar verfünffachen. Es gehe darum, neue Projekte anzustossen, zusätzliche Finanzierungen durch die Privatwirtschaft zu akquirieren, die «Kernkompetenzen und Ressourcen» der Unternehmen einzubinden. Nur: Nestlé, Syngenta oder auch Holcim sind weniger für erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit oder die Förderung des Gemeinwohls bekannt als für Menschenrechtsverstösse und Umweltsünden in ihren globalen Lieferketten. Die Konzerne stehen für eine Wirtschaft, die öffentliche Güter wie Wasser privatisiert, die eine Landwirtschaft mit teurem Saatgut und giftigen Pestiziden vorantreiben will und die Kinder oder Leiharbeitende für sich schuftet lässt. Sieht so Schweizer Entwicklungszusammenarbeit aus?

In der «Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020» wird festgehalten, es sei «zentral», ein «Vertrauensverhältnis mit dem Privatsektor aufzubauen», um das «Potenzial für Partnerschaften mit Unternehmen für die Entwicklung auszuschöpfen». Dieses Interesse ist offenbar gegenseitiger Natur: Im «Halbzeitbericht» zur Umsetzung der Botschaft 2017–2020 rapportiert die Deza, die Nachfrage von Schweizer Unternehmen, «mit der Deza entwicklungsfördernde Partnerschaften einzugehen», sei steigend. Dazu, was die betroffene Bevölkerung in den Zielländern wohl zu Nestlé & Co. als Entwicklungshelfer sagt, schreibt die Deza nichts.

### Auswahl nach «kollektivem Bauchgefühl»

Als die Aargauer Nationalrätin Yvonne Feri vom Bundesrat wissen wollte, ob es verbindliche Leitlinien für eine Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gebe, hat dieser letzten September beschwichtigt: Die Akteure der internationalen Zusammenarbeit prüften «bei jedem Unternehmen dessen Nachhaltigkeitsmanagement und passen ihre Zusammenarbeit entsprechend an». Die Einhaltung der «massgeblichen Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards» sei eine «zentrale Voraussetzung für die Zusammenarbeit. Dazu gehören die Uno-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen». Der Prüfbericht des EDA, der zu diesem Zeitpunkt bereits vorlag, zeichnet allerdings ein ganz anderes Bild: Die Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Privatsektor beinhalte erhöhte Risiken, weshalb eine sorgfältige Abklärung vor Projektbeginn unumgänglich sei, steht dort. Dazu gehöre «insbesondere die Überprüfung des Privatsektor-Partners im Hinblick auf mögliche Reputationsrisiken».

Aber genau das geschieht offensichtlich nicht. Die Prüferinnen und Prüfer stellen fest, dass zwar mit der Richtlinie vom März 2015 «Vorgaben für die Durchführung eines Reputation Risk Assessments von Partnern aus dem Privatsektor erstellt» worden seien, diese würden in der Praxis aber nicht verwendet, da sie sich als «zu kompliziert und zu aufwendig» erwiesen hätten. Generell erfolge die Wahl der EPS-Partner «nach kollektivem Bauchgefühl». «Eine weitere Problematik» besteht gemäss der Prüfstelle darin, dass der EPS-Partner in vielen Fällen eine rechtlich zwar eigenständige, ursprünglich aber «von einem Multi-Konzern» gegründete Stiftung sei. In diesen Fällen werde nur die Stiftung auf mögliche Reputationsrisiken hin beurteilt – «der Mutterkonzern wird nicht evaluiert». Zudem werde bisher «nicht systematisch geprüft, ob politisch exponierte Personen (PEP) in diesen Stiftungen bzw. Partnerorganisationen eine leitende Funktion innehaben».

### Wirkungen und Nebenwirkungen unbekannt

Und es gibt laut Prüfbericht weitere gravierende Management-Mängel. Verwundert liest man etwa, dass «im Normalfall [...] keine schriftliche Vereinbarung zwischen der Deza und den EPS-Partnern» bestehe. Nur gerade in zwei Fällen sei bisher mit einem EPS-Partner ein «Memorandum of Understanding» erstellt worden. Dies unter anderem deshalb, weil die Deza und der jeweilige EPS-Partner jeweils unabhängig voneinander einen Vertrag direkt mit der implementierenden Drittorganisation abschliessen. Der Inhalt dieser Verträge zwischen EPS-Partnern und Drittorganisationen sei der Deza «in der Regel nicht bekannt»; einen Vertrag zwischen Deza und EPS-Partner gibt es nicht. Somit greifen für Letztere auch die vom Deza definierten zehn Ausschlusskrite-





Im gleichen Boot: Die Nestlé-Männer Aebischer und Brabeck präsentieren im Februar 2019 mit Aussenminister Cassis die neue Stiftung.

rien nicht – wie eben etwa Verstösse gegen Menschenrechte. Komme nach Vertragsabschluss heraus, dass der Partner gegen eines dieser Kriterien verstosse, habe die Deza «keine Handhabung, um die Zusammenarbeit zu stoppen», warnt der Bericht.

Nebst diesen Aspekten bleibt aber auch die letztlich entscheidende Grundsatzfrage offen, welche Wirkung mit EPS-Projekten tatsächlich erzielt wird. Eine Evaluation aus dem Jahr 2013 hegte diesbezüglich grundsätzliche Bedenken. Laut der dafür zuständigen Expertin aus Cambridge wurde zu den Erfolgen der – meist mit Konzernen abgeschlossenen – Deza-Partnerschaften «nur wenig dokumentiert». Zudem sei der Begriff «öffentlich-private Entwicklungspartnerschaft» so ungenau, dass nicht klar werde, welche Art von Zusammenarbeit dazu gehöre und welche nicht. Der Prüfbericht vom Juni 2019 ortet hier noch immer grossen Handlungsbedarf. Er konstatiert, dass die Deza weder über eine «Strategie für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor» noch über eine verlässliche Aufstellung aller EPS-Projekte oder ein adäquates Risikomanagement verfüge.

---

**Gemäss dem Bericht verfügt die Deza weder über eine «Strategie für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor» noch über eine Aufstellung aller Projekte oder ein adäquates Risikomanagement.**

---

Für Public Eye ist klar: Durch diese höchst problematischen Leerstellen und ihre systematische Intransparenz entzieht sich die Deza-Führung einer öffentlichen Rechenschaftspflicht in diesem heiklen Bereich. Sie weiss wohl, dass die Medien oder das Parlament unangenehme Fragen stellen könnten. Die Deza war jedenfalls sichtlich überrumpelt, als sich zu Frutigers Amtsantritt letzten Oktober internationaler Widerstand formierte. Es wurde

gar eine – auch von Public Eye unterstützte – Petition lanciert, die von Frutigers Chef fordert, dessen Einsetzung zu widerrufen. Mehrere Zehntausend Personen haben unterschrieben. Der Beobachter schrieb dazu im Oktober, für die Deza stelle der langjährige Einsatz Frutigers für Nestlé kein Problem dar. «Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor ist ein strategisches Ziel», teilte die Deza dem Magazin mit. Auch seien beim Bewerbungsprozess «allfällige Interessenskonflikte» analysiert worden. Man habe keine festgestellt. Der Aargauer Zeitung sagte das EDA, es habe Kenntnis von der Petition, gebe aber «keinerlei Kommentar zu diesem Thema» ab.

### Dringend nötige Kurskorrektur

Die Deza ist keine kleine, vernachlässigbare Abteilung des Aussenministeriums. Sie verfügt über mehr als die Hälfte des gesamten EDA-Budgets, hat eine weitreichende internationale Präsenz und trägt (laut Cassis' programmatischer Vision «Die Schweiz in der Welt 2028») mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit «die Werthaltung und das Image der Schweiz in die Welt». Angesichts dieses hohen Anspruchs einerseits und der aufgedeckten internen Missstände andererseits ist klar: Eine politische Korrektur der strategischen Ausrichtung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit ist überfällig. Denn der Kuschelkurs mit Grosskonzernen, die auch maskiert als Entwicklungshelfer letztlich das Ziel verfolgen, neue Absatzmärkte zu erobern und sich gerade in besonders fragilen Kontexten Zugang zu günstigen Rohstoffen und billigen Arbeitskräften zu verschaffen, ist brandgefährlich und verfehlt eines garantiert: eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung für jene Menschen, die am meisten an der ungleichen Verteilung der Ressourcen und den Folgen des Klimawandels leiden. Eine Kurskorrektur ist notwendig und machbar: Anfang 2020 soll die «Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024» verabschiedet werden. Es liegt am neu gewählten Parlament, hier endlich die richtigen Weichen zu stellen. •

# Der nächste Investigation Award ist lanciert!

Nach der erfolgreichen ersten Ausgabe hat Public Eye entschieden, den «Investigation Award» erneut auszuschreiben. Ob Menschenrechtsverletzungen, Umweltsünden, dunkle Deals oder Korruption: Wir laden Medienschaffende aus aller Welt ein, ihre Recherchen zu Machenschaften von Schweizer Unternehmen in benachteiligten Ländern einzureichen.

GÉRALDINE VIRET

Anlässlich unseres 50. Geburtstags haben wir bei Public Eye 2018 mit dem «Investigation Award» ein lange gehegtes Wunschprojekt in die Tat umgesetzt. Der neue Preis soll Journalistinnen und Journalisten sowie investigative NGOs unterstützen, die zu Unternehmen mit Sitz oder massgeblicher Präsenz in der Schweiz recherchieren, deren Aktivitäten schädliche Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer haben. Die erste Ausgabe hat mit ihren über 50 Projektvorschlägen eindrücklich gezeigt, welche interessante und vielfältige Rechercheideen in den Pipelines sind – aber auch, dass viele Reporter, Korrespondentinnen und zivilgesellschaftliche Rechercheure häufig nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um aufwendige Langfristprojekte zu realisieren. Dies hat Public Eye dazu bewogen, den Award im Zweijahresrhythmus weiterzuführen. Für die Ausgabe 2020 können Sie sich ab sofort bewerben (siehe Hinweis am Artikelende).

## Zigarettenhersteller räuchern Afrika aus

Die beiden mit dem ersten «Investigation Award» ausgezeichneten, im Januar 2019 publizierten Reportagen deckten schädliche Unternehmenspraktiken in zwei höchst diskreten Branchen auf. Im Fokus standen Tabakkonzerne und Reedereien mit Sitz in der Schweiz. «Meine Recherche dauerte über ein Jahr. Ohne die finanzielle Unterstützung hätte ich sie niemals realisieren können», erklärt Marie Maurisse, Autorin einer der beiden prämierten Arbeiten. Sie untersuchte die Strategien, mit denen Ta-

bakunternehmen den afrikanischen Markt erschliessen. «Der Award diente auch der Finanzierung meiner journalistischen Arbeit, vor allem aber deckte er die Kosten für Reisen und Laboranalysen», so Maurisse. Dank dieser Laboruntersuchungen konnte sie nachweisen, dass die politische Schweiz und ihre Konzerne Doppelstandards anwenden. Demnach vertreiben Philip Morris und Japan Tobacco International in Marokko Zigaretten mit deutlich mehr Schadstoffen, als hierzulande erlaubt ist. Im Gegensatz zur EU lässt der Bund solche Geschäftspraktiken zu.

Die Enthüllungen von «Heisse Luft und schwarzer Rauch» fanden über die Grenze hinaus ein grosses Echo, besonders in Afrika. «Das ist sehr wichtig, damit die Behörden der betroffenen Länder strengere Standards festlegen. Auch in der Schweiz wurden meine Erkenntnisse aufgegriffen, aber bislang hat das Parlament keine gesetzlichen Anpassungen beschlossen», berichtet Maurisse. Im November lobte sogar das Global Investigative Journalism Network ihre Reportage als eine der besten auf Französisch publizierten Arbeiten im Jahr 2019.

## MSC und die Schiffsfriedhöfe

Die zweite Recherche führte an die Strände von Alang in Indien, wo Reedereien ihre ausrangierten Schiffe unter mittelalterlichen Bedingungen abwracken lassen. Der Journalist Gie Goris besuchte Arbeiter, die jeden Tag ihr Leben riskieren, bedroht von riesigen herabfallenden Stahlteilen und hochgiftigen Substanzen. Der Chefredaktor des belgischen MO\*Magazins schilderte die tragische Geschichte von Bhuddabhai, der wenige Monate zuvor bei dieser Arbeit zu Tode gekommen war. In Zusammenarbeit mit Nicola Mulinaris von der NGO Shipbreaking Platform beleuchtete Goris aber auch die unrühmliche Rolle, welche die Genfer Mediterranean Shipping Company (MSC) in diesem giftigen, aber legalen Geschäft spielt. Diesen Hinweisen ging die SRF-Sendung «10vor10» vergangenen Oktober in einem ausführlichen Beitrag nach. Nicola Mulinaris nannte darin im Interview eine schockierende Zahl: In den letzten zehn Jahren sind an den Stränden Südasiens nicht weniger als 80 MSC-Schiffe abgewrackt worden. Die Nachhaltigkeitsrhetorik der Schweizer Grossreederei scheint also nicht das Geringste mit der Realität zu tun zu haben.





### Misstände aufdecken, die Welt verändern

Solche Recherchen brauchen Beharrlichkeit, vor allem aber zeitliche und materielle Ressourcen, über die die meisten Journalistinnen und Journalisten nicht mehr verfügen. Der «Investigation Award» von Public Eye soll einen Beitrag zu einem fundierten, engagierten und innovativen Recherche-Journalismus leisten – durch Journalistinnen und Journalisten von traditionellen Medien, Freischaffende oder Mitarbeitende von NGOs. Der Preis spiegelt aber auch die investigative Tradition unserer Organisation: Schon immer stützten sich unsere Kampagnen auf die sorgfältige Dokumentation von Misständen, die politischen Handlungsbedarf aufzeigen.



## Investigation Award von Public Eye

**GESUCHT: motivierte Journalistinnen und Journalisten mit explosiven Projekten**

Mit dem Investigation Award 2020 wird Public Eye zwei Rechercheprojekte mit je 10 000 Franken unterstützen. Die eingereichten Vorschläge müssen illegitime oder illegale Praktiken in Entwicklungs- oder Schwellenländern zum Thema haben, mit Bezug zu Schweizer Unternehmen, Personen oder politischen Institutionen.

Die Projektdossiers sind bis zum 9. März 2020 einzureichen an [awards@publiceye.ch](mailto:awards@publiceye.ch). Die Gewinnerinnen und/oder Gewinner werden von einer renommierten Fachjury ausgewählt.

Weitere Informationen:

[publiceye.ch/investigation-award](http://publiceye.ch/investigation-award)

## Justiz wird aktiv gegen Rohstoffhändler

In Genf wurden die Büros von Trafigura und Vitol durchsucht, Glencore steht im Fokus der britischen Justiz.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Was haben Glencore, Vitol und Trafigura – ausser ihrem Hauptsitz in der Schweiz – gemeinsam? Die drei Rohstoffhandelsfirmen könnten in den nächsten Monaten allesamt wegen Korruptionsverdachts gerichtlich belangt werden. Glencore mit Sitz in Zug musste am 5. Dezember mitteilen, dass die britische Antikorruptionsbehörde gegen die Firma Ermittlungen aufgenommen hat. Kurz zuvor hatte die Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Petrobras-Skandal Hausdurchsuchungen in den Büros der Genfer Konzerne Vitol und Trafigura durchgeführt. Die beiden Unternehmen werden beschuldigt, über Mittelsmänner Bestechungsgelder an den brasilianischen Erdölkonzern gezahlt zu haben, wie Public Eye und Global Witness im November 2018 aufgezeigt hatten.

### Regelmässig gravierende Fälle

Nach der Verurteilung des Rohstoffhändlers Gunvor im Oktober 2019 stehen somit drei weitere der sieben grössten Schweizer Konzerne wegen Korruptionzahlungen – beziehungsweise wegen Nicht-Verhinderung von solchen – im Fokus der Justiz. Ob in Brasilien, der Elfenbeinküste oder den beiden Kongos: Immer wieder kommt der Verdacht auf, dass vom Schweizer Finanzplatz aus korrupte Rohstoffdeals eingefädelt wurden. Das Ausmass und die Regelmässigkeit dieser Fälle müssten eigentlich sämtliche Regulierungsbehörden auf den Plan rufen. Doch bis anhin setzt der Bundesrat weiterhin auf freiwillige Selbstregulierung der Unternehmen.

# Public Eye Investigation Award



**GESUCHT: Explosive Rechercheprojekte**

Mit dem Investigation Award 2020 unterstützt Public Eye zwei Rechercheprojekte mit jeweils 10 000 Franken.

Weitere Informationen finden Sie auf Seite 26 dieses Hefts oder unter:  
[publiceye.ch/investigation-award](http://publiceye.ch/investigation-award)

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich  
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, [kontakt@publiceye.ch](mailto:kontakt@publiceye.ch), Postkonto 80-8885-4

[publiceye.ch](http://publiceye.ch)

[@publiceye\\_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) [f publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye\\_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns

**Public Eye**